

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einsch. Beleggeld, Auslandabonnem. 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Gold und Zeit“ und „Kinobetreuer“. Ferner: Unterhaltung und Wissen, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpaltige Komp.-Zeilspalte 60 Zeilen, Reklamereile 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Preises 25 Pfennig (zuletzt zwei jetzige Preise). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stielangelegenheiten das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87 836. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 7

Deutsch-französische Gespräche.

Stresemann und Poincaré. — Hermann Müller und Briand.

Die Frage der Rheinlandräumung ist Gegenstand der Verhandlung zwischen Stresemann und Poincaré gewesen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung ist bisher nur bekannt geworden, daß Poincaré dem Gedanken einer raschen Räumung nicht mehr grundsätzlich abgeneigt ist, daß er aber die Lösung des Problems auch jetzt noch mit zahlreichen fiskalischen und juristischen Erwägungen verknüpft. Von einer völlig bedingungslosen Räumung hat übrigens auch Briand niemals gesprochen. Er wünscht für den Fall einer vorzeitigen Freigabe der besetzten Gebiete mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs ebenfalls gewisse Abmachungen zwischen den beiden Regierungen. Aber weder von Poincaré noch von Briand hat man bisher gehört, ob sie über Form und Inhalt dieser Abmachungen einer Meinung sind und ob die angeblich zwischen ihnen bestehenden Differenzen sich mehr auf die bei den Verhandlungen einzuschlagende Methode und weniger auf das Ziel beziehen.

Poincaré soll im Verlaufe der letzten französischen Kabinettsitzung den von Briand angeführten Argumenten für eine verhältnismäßig rasche Räumung des Rheinlandes, namentlich der zweiten Zone, zugestimmt haben. Er wünscht allerdings, daß dadurch „sein Präzedenzfall für die vorzeitige Räumung der dritten und letzten Zone geschaffen“ wird. Die aus dieser Freigabe gezogene Schlussfolgerung, als ob der französische Ministerpräsident damit an die Befreiung der dritten Zone bis 1935 denkt, soll keineswegs berechtigt sein. Darüber wird dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“ von wahlunterrichteter Seite aus Paris folgendes mitgeteilt:

„Wenn Poincaré darauf besteht, daß die Räumung der zweiten Zone keinen Präzedenzfall bilden darf, so will er damit wohl sagen, daß die endgültige Räumung auch des letzten Teiles der besetzten Gebiete nicht erfolgen darf, ehe eine Gesamtvereinbarung mit Deutschland in bezug auf die Reparationszahlungen und die im Dawes-Plan enthaltenen Verpflichtungen erfolgt ist. Diese Seite des Problems ist für den Ministerpräsidenten und Finanzminister die wichtigste. Er hat in seinem Budgetentwurf für 1929 eine Milliarde Einkünfte auf dem Dawes-Plan eingeschrieben und die Betrachtungen, die er in seinem dazu gegebenen Exposé anstellt, beweisen, daß er keineswegs annimmt, Deutschland werde die Zahlungen plötzlich aus schlechtem Willen einstellen. Aber auch er rechnet bestimmt mit einer Art von Revision des Dawes-Planes und jener endgültigen Festsetzung

der von Deutschland zu leistenden Reparationssumme, gegen die er sich so lange gewehrt hat. Wäre Poincaré Außenminister, so hätte er die Gelegenheit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes benützt, um das Gesamtproblem aufzuwerfen. Briand hält andere Methoden für besser.“

Diese Methoden beabsichtigt Briand in Genf in ausführlicher Weise mit dem deutschen Reichskanzler zu erörtern. Er reist, nach seinen Versicherungen im vertrauten Kreise, ohne jede Bindung durch sein Kabinett. Deutschland wird jeden Schritt der französischen Regierung zur Verständigung begrüßen und anerkennen. Die wirkliche Verständigung zwischen dem französischen und deutschen Volke wird aber erst möglich sein, wenn das Rheinland restlos geräumt ist; und weil die deutsche Regierung unter Führung ihres sozialdemokratischen Reichskanzlers diese Verständigung will, wird sie bei jeder Gelegenheit — wo es auch sei — die Forderung nach restloser Räumung des Rheinlandes erheben.

Das Ergebnis von Paris.

Wie es die Sozialisten beurteilen.

Paris, 28. August. (Eigenbericht.)

Der „Soir“ enthält ein Interview mit Leon Blum über die deutsch-französische Annäherung. Leon Blum erklärt zunächst, der Friedenspakt sei sicher noch kein Friedensinstrument, aber ein mächtiges Instrument der Friedenspropaganda. Nach Ansicht der französischen Sozialisten hänge der Friede vor allem von den deutsch-französischen Beziehungen ab. Die Befreiung sei kein Pfand, dagegen bildet der Dawes-Plan ein solches. Man dürfe über die Räumung nicht verhandeln. Es gibt Gesten, durch die viel zu gewinnen ist, wenn sie freiwillig geschehen. Wenn aber schon verhandelt wird, dann sollte man wenigstens eine gegenseitige und internationale Kontrolle der Grenzposten als Beginn und Vorspiel der Entmännung fordern.

In bezug auf die Entmännungskonferenz erklärte sich Blum sehr skeptisch. So lange in England die Konservativen am Ruder seien und faschistische Regierungen wie die italienische eine Rolle spielten, werde man kaum zu einer wirklichen Lösung gelangen. Er habe sich niemals die Formel „Erit Sicherheit, dann Schiedsgericht und Abrüstung!“ zu eigen gemacht.

Deutschland und Polen.

Parlamentarierkonferenz unter Vorsitz Löbes.

Zum Rahmen der Tagung der Interparlamentarischen Union sind auf Veranlassung der Mitglieder der polnischen Delegation an den letzten beiden Tagen Besprechungen zwischen den Mitgliedern der polnischen und der deutschen Delegation abgehalten worden. Die Verhandlung leitete Reichstagspräsident Löbes. Sie bezogen sich zunächst vornehmlich auf den deutsch-polnischen Handelsvertrag und seine Voraussetzungen. Dabei wurden auch politische Fragen und solche kultureller Annäherung der beiden Staaten besprochen. Es wurde die Möglichkeit der Fortsetzung eines unmittelbaren Kontaktes der Parlamentarier beider Staaten in Aussicht genommen. Auf beiden Seiten wurde es dankbar empfunden, daß diese Aussprache abgehalten werden konnte.

Zaleski zeigt die Mängel des Kellogg-Paktes.

Paris, 28. August.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte Pressevertretern, daß der Kellogg-Pakt eine gewaltige moralische und gleichzeitig politische Bedeutung habe. Allerdings dürfe man sich nicht übertriebenem Optimismus hingeben und auf diesen Pakt mehr Hoffnungen setzen, als er verwirklichen könne. Sehr er doch nicht Sanktionen gegen die Vertragsbrüchigen vor, ebensowenig Mittel, schnell einen bewaffneten Konflikt, falls er ausbrechen sollte, zu verhindern oder zu liquidieren. Es gebe Gegenden, in denen die Nationen gegeneinander zahlungswillige Gefühle behielten, wo infolge dessen Klugheit und Mäßigung oft nicht der Gefühle und Leidenschaften Herr werden könnten. In diesen Gegenden müsse der Friede organisiert werden unter Berücksichtigung der besonderen Entwicklung und der geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Hier solle man auf ernste Sicherheits-

Abrüstungsprobleme. Man müsse also Lösungen suchen, die geeignet sind, die Sicherheit in diesen Gegenden zu schaffen, ohne aus dem Auge zu verlieren, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Gegenden, obwohl sie die ganze Menschheit angehe, nur gesichert werden könne durch Nationen, deren Interessen dort direkt in Frage ständen. Folglich sei es Aufgabe dieser Nationen, die notwendigen Streitkräfte und Mittel zu stellen, um die Entfesselung der Feindseligkeiten unmöglich zu machen. Zum Schluß gab Zaleski der Erwartung Ausdruck, daß der Kriegsvertragspakt die Arbeiten des Völkerbundes wesentlich erleichtern würde.

Neuer Krieg in Nordchina.

Zwischen Mandschuren und Südmarmee.

Peking, 28. August. (Nach „Daily Mail“, London.)

Schwere Kämpfe sind zwischen den chinesischen Nordtruppen und den siegreichen Südtuppen im Gange. Viele Vermundete treffen in Peking und Tientsin ein. Der Nord-General Tchangjunsichang hält die Eisenbahn zwischen Mukden und Tientsin besetzt. Den Südtuppen fehlt es fast vollkommen an Eisenbahnmateriale.

Die Arbeiterorganisation wieder zugelassen.

Peking, 28. August.

Das Verbot der Allgemeinen Arbeitervereinigung und aller ihr angeschlossenen Unterverbände ist auf Anweisung der Kanting-Regierung aufgehoben worden. Die Bureaus der Vereinigung sind wieder geöffnet.

Der Präsident der chinesischen Ostbahn, der beschuldigt war, die Mongolen in der Westmandschurei im Auftrag der Sowjetregierung zu einem Aufstand angestiftet zu haben, ist in Charchin auf mysteriöse Weise gestorben.

Ein Alarmsignal.

Die Arbeitslosenziffern steigen. — Ernste Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt.

Die neuen amtlichen Feststellungen über die Zahl der unterstützten Arbeitslosen sind ein Alarmsignal. Zum ersten Male seit langer Zeit geben diese Ziffern wieder annähernd ein Bild von der wirklichen Arbeitsmarktlage. Sie zeigen, daß der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt da ist und die Tage steigender Arbeitslosigkeit kommen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. August zum ersten Mal seit dem 15. Januar d. J. zugenommen, allerdings nur in unbedeutendem Umfange. Sie stieg von rund 564 000 auf 567 000, d. i. um 0,6 Proz. Die Steigerung ist auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 Proz. gestiegen ist, während im Gegensatz hierzu die Zahl der weiblichen noch um 2100 oder um 1,3 Proz. zurückging.

In der Krisenunterstützung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen noch weiter zurückgegangen, und zwar bei den Männern um 2,3 Proz., bei den Frauen um 3,4 Proz. Insgesamt fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 82 900 auf 80 900, d. i. um 2000 oder um 2,5 Proz.

Soweit die nüchterne, nichtsagende amtliche Mitteilung der Ziffern, die ihrer Bedeutung nicht gerecht wird. Endlich geben nämlich die amtlichen Ziffern der Arbeitslosenversicherung ein Bild der sich immer stärker zuspitzenden Arbeitsmarktlage. Bisher verwickelten sich die Entwicklungslinien einmal durch den Ernteausschlag in der Landwirtschaft, der den Arbeitsmarkt üblicherweise etwas belebte und ihm Kräfte entzog, auf der anderen Seite setzte sich die industrielle Verschlechterung durch die immer weiteren Umfang annehmenden Entlassungen in der Industrie weiter fort. Die Ziffern für Mitte August haben deswegen besondere Bedeutung, weil sie den Umschwung der Arbeitsmarktlage widerspiegeln, der in Anbetracht der immer deutlicher werdenden Symptome der Verschlechterung der Wirtschaftslage schon seit langem zu erwarten war. Die Reichsziffern zeigen bei beiden Geschlechtern eine verschiedene Entwicklung. Nur die Zahl der männlichen unterstützten Arbeitslosen hat sich erhöht, dagegen ist die der Frauen durch eine besondere Aufnahme-fähigkeit des Landesarbeitsamtes Brandenburg zunächst noch etwas gesunken. Die amtlichen Ziffern zeigen mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit, rechtzeitig weitere Vorsorge auf dem Arbeitsmarkt zu treffen.

Der Rückgang der Zahl der Krisenunterstützten ist nicht arbeitsmarktpolitisch zu werten, sondern lediglich auf die Aussteuerung zurückzuführen. Die Deffektivität hat das größte Interesse daran, endlich einmal über den wirklichen Umfang der Aussteuerung aus der Krisenunterstützung klaren Wein eingeschenkt zu bekommen. Wir brauchen dringend eine Statistik, die darüber einermöglichen Aufschluß gibt, wie viele von den ausgesteuerten Krisenunterstützten wieder in Arbeit gekommen sind und wie viele nicht.

Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt, die dieses Jahr früher einsetzt als im Vorjahre, zeigt durchaus ernste Züge. Sie ist die beste Rechtfertigung für die dieser Tage vom Reichskabinett beschlossene Verbesserung der Krisenunterstützung. Die Unterstützungsdauer von 26 Wochen entsprach in keiner Weise mehr den wirklichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Von Unternehmerseite wurde gegen die beschlossene Verlängerung der Unterstützungsdauer im Hinblick auf eine behauptete Mehrbelastung des Reichsetats Sturm gelaufen. Man scheint in diesen Kreisen, die sonst so gut zu rechnen verstehen, zu vergessen, daß es sich nur um eine Verschiebung der Lasten handelt. Die Verlängerung der Unterstützungsdauer bedeutet noch keine wesentliche Neuausgaben der Unterstützungsbeträge, weil ja bisher bereits die ausgesteuerten Arbeitslosen von der Städtischen Wohlfahrtspflege aufgenommen werden mußten, da man sie nicht verhungern lassen konnte. Wenn man die Belastung des Reichsetats durch die verlängerte Unterstützungsdauer mit monatlich 0,8 bis 1 Million Mark annimmt, so dürfte diese Ziffer bereits hoch gegriffen sein und es ist zu beachten, daß, um annähernd den gleichen Betrag die Budgets insbesondere der Großstädte, in denen sich die Krisenunterstützten in besonderer Weise zusammenballen, entlastet werden. Bei der weiter notwendig werdenden Ausweitung der Krisenunterstützung handelt es sich ebenfalls vom finanziellen Standpunkt nur um eine Entlastung der Wohlfahrtspflege, deren Aufgabengebiet nicht in der Betreuung arbeitsfähiger Arbeitsloser liegen kann.

Die Arbeitslosigkeit wächst und damit wächst auch die Verpflichtung, sich allmählich mit den Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Krisenunterstützung zu beschäftigen. Es hat keinen Zweck, Vogelstrauchpolitik zu treiben und vor der brutalen Wirklichkeit den Kopf in den Sand zu stecken

In nicht allzu ferner Zeit wird die Frage der Einbeziehung aller Berufsgruppen in die Arbeiterunterstützung und der Verlängerung der Unterstützungsdauer aufgeworfen werden müssen. Die Entwicklung drängt im übrigen zwangsläufig zur Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, die das Bindeglied zwischen Versicherung und Wohlfahrtspflege darstellen muß. Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt ist unübersehbar und die Dinge dürfen nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Rechtzeitig muß Vorkehrung getroffen werden, daß der Arbeitslosenschutz im Herbst und Winter funktioniert.

Der Tag des Gerichts.

Heute deutschnationales Parteigericht über Lambach.

Heute tritt das deutschnationale Parteigericht zusammen, um über den Fall Lambach in zweiter Instanz zu entscheiden. Die „Deutsche Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß dieser Tag des Gerichts zusammenfällt mit dem Tag der Damesabstimmung der Deutschnationalen von 1924. Barnend erhebt sie den Finger: es geht um die Existenz der deutschnationalen Volkspartei.

Der Haß der „Deutschen Zeitung“ gegen Herrn Lambach, der am Vorabend des Gerichtstages spaltenlang freien Lauf hat, ist offen und erklärlich. Es ist der Haß der alten Offiziere und Generale, die nichts gelernt und nichts vergiffen haben, und die sich über den Handlungsgehilfenführer entrüsten, der es wagt, seine Stimme gegen die Geipenster von damals zu erheben.

Der Gegensatz zwischen Herrn Hugenberg und Herrn Lambach ist interessant. Das Hauptmoment dabei ist der Klassengegensatz: hier Konzernfürst, dort Gewerkschaftsbeamter. Dazu tritt ein anderes. Herr Lambach hat einen Blick fürs Reale — Herr Hugenberg liebt das mystische Dunkel, das um die dürftigen Ideen der Monarchisten liegt. Herr Lambach zielt auf Klarheit ab, Herr Hugenberg will den Glauben an das politische Wunder wachhalten. Herr Lambach hat sich wiederholt um den Nachweis bemüht, daß eine Nachahmung des Faschismus mussolinischer Prägung in Deutschland unmöglich sei — Herr Hugenberg sieht gerade im Glauben an solche Möglichkeiten das zusammenhaltende Band der deutschnationalen Volkspartei. Herr Lambach sucht das Bild eines deutschen Mussolinis dadurch zu ironisieren, daß er Namen deutscher Politiker in diese Rolle einsetzt — Herr Hugenberg träumt davon, daß er selbst der Mann ist und sein wird.

Deshalb ist zwischen ihnen Feindschaft gesät, und Herr Hugenberg verkündet am Vorabend des Gerichtstages in der deutschnationalen Presse gegen Lambach:

„Nur eine Weltanschauungspartei, die geführt wird und führt, kann Seele und Wirtschaft des deutschen Volkes retten! Wenn in diesem Augenblick jemand kommt — dieser Herr Lambach — und überzieht nach altem, vorangegangenen ist, einen wesentlichen Punkt des Bündels einigender, zusammenhaltender Weltanschauungsgedanken, wie den des deutschen Kaisertums, mit Spott und Hohn, und will die Partei veranlassen und befehlen nach Rüge darauf, die klare Scheidelinie zwischen Kaiserlichen und Republikanern zu verwischen, so bedeutet das einfach dies: In einem Augenblick, in dem die Lösung nur sein kann: „Das Ganze sammeln — vorwärts marsch!“, halt dessen rufen: „Rette dich, wer kann!“ Es heißt, der Parole Weltanschauungspolitik die Gegenparole „Weg mit den alten Schatteln“ entgegenzusetzen. Ob es sich um Monarchie, russische Ueberlieferungen, christliche Schule, sozialen Wirtschaftsgesetz, Eigentumsbegriff oder was sonst handelt, ist nicht das Entscheidende, sondern daß es sich um Flucht und Zerlegung handelt. Aber die Grenzlinie, die niemand überschreiten darf, der innerlich zu uns gehört, liegt zwischen dem Aufwachen und dem Zerlegen und Zerfallen. Wer den Kern unserer Weltanschauung zerlegen und zerstören will, muß es von außen her versuchen.“

Wer innerlich zu uns gehört — das heißt: wer innerlich zu mir, Hugenberg gehört und an mich glaubt. Glaube an mich — und du wirst der Gnade deutschnationalen Parteimitgliedschaft würdig sein; glaubst du aber nicht — so wird dich der Engel mit dem Flammenschwert am Tage des Gerichts aus dem deutschnationalen Paradies vertreiben.

Der Aufsatz des Herrn Hugenberg ist ein Ultimatum und ein Anspruch an die deutschnationale Partei. Das Ultimatum: Lambach muß hinaus. Der Anspruch: ich bin der Herr euer Gott.

Bündel zusammenhaltender Weltanschauungsgedanken, Gesinnungsgemeinschaft, nicht Partei, Recht auf den Glauben des Volkes, Aufbau gegen Zerlegung — Worte eines gewissen, romantischen Mystizismus. Das Reale aber ist: Herr Lambach hat nach der Wahl vom 20. Mai die Offenlegung der Wahlbilanzen, die Klärung der Abhängigkeit der Deutschnationalen von Herrn Hugenberg verlangt. Das ist das Zerlegenden, die Wirtelstiel gegen Hugenberg, die nach Vergeltung schreit.

Flaggenkompromiß in München.

Schwarzweißrot neben Schwarzrotgold.

München, 28. August.

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hatte vor kurzem den Antrag eingebracht, aus Anlaß der Grundsteinlegung zum Studienbau des Deutschen Museums die städtischen Gebäude in den Reichsfarben Schwarzrotgold, in den Landesfarben Weißblau und in den Stadtfarben Schwarzgelb zu beflaggen. In der heutigen Stadtratsitzung, in der der Antrag eine längere Debatte auslöste, erklärte Oberbürgermeister Scharnagel, die wiederholte Behandlung der Flaggenfrage zeugt deutlich, wie notwendig eine Veränderung des derzeitigen Zustandes sei und stellte den Antrag, sowohl in den Reichsfarben Schwarzrotgold, wie auch Schwarzweißrot zu flaggen. In der Abstimmung wurde dieser Antrag und ebenso der sozialdemokratische Antrag angenommen; alle übrigen eingebrachten Anträge wurden abgelehnt. Die Stadt wird also bei der Museumsfeier neben weißblau und schwarzgelb, schwarzrotgold und schwarzweißrot flaggen.

Die Bettler von Jerusalem.

England verbietet ihnen das Gewerbe.

Jerusalem, 28. August.

Die Regierung beabsichtigt, das Betteln zu verbieten. Darob hat sich der Bettlergünst von Jerusalem ungeheure Erregung bemächtigt, da etwa 2000 bis 3000 Menschen ihr gewohnter Lebensunterhalt entzogen würde. Die Stadtbehörden erwägen, wie sich die Notlage beheben läßt, die bei Durchführung der Verordnung unbedingt eintreten muß.

Das doppelte Gesicht der KPD.

Sowjetmilitarismus und Kommunisten-Volksentscheid.

Die Kommunisten bereiten eine Volksentscheidskampagne vor. Parole: Panzerschiffe dürfen nicht gebaut werden. Es ist ein Parteimanöver gegen die Sozialdemokratie. Bucharin hat auf den sechsten Weltkongreß der kommunistischen Internationale verschärften Kampf gegen die Sozialdemokratie verlangt, und die deutschen Kommunisten schieden sich an, die Weisungen zu vollziehen.

Auf diesem Kongreß hat Bucharin gleichzeitig die Parole ausgegeben: drohende Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland, neuer Weltkrieg unvermeidlich. Er hat damit gleichzeitig die Aufrüstung Sowjetrußlands unter diesem Vorwand angekündigt. Pazifismus in Deutschland — Militarismus in Sowjetrußland. Man erkennt die innere Verlogenheit des Volksentscheidfeldzugs, den die deutschen Kommunisten inszenieren wollen.

Die deutschen Kommunisten sind russische Militaristen. Sie waren es immer, und ihre Propaganda für den Frieden war immer so verlogen wie ihre Panzerkreuzerpropaganda von heute. Wir erinnern uns an eine Nummer des „Roten Stern“, der Bildbeilage der Roten Fahne“ aus dem Vorjahre, die angeblüh dem Kampf gegen den weltlichen Militarismus diente. Da sah man Tanks, zur Massendemonstration aufmarschiert, Flammenwerfer, Kriegsschiffe, Truppentransporte nach China auf den beiden ersten Seiten. Auf der dritten Seite war eine stillgelegte eisbahnische Eisenhütte abgebildet: „Keine Tonne Stahl für Kriegszwecke!“ Auf der vierten und fünften Seite aber erstrahlte der kommunistische Pazifismus in vollem Glanze: Bis an die Zähne bewaffnete Bolschewiki mit Flugzeugen, Paraden, Gasangriffübungen, Torpedobooten u. a. m.

Es fehlte die Granatenfabrik, die für die deutsche Reichswehr tätig war, es fehlte das Bild, das zeigt, wie russische Granatentransporte für die Reichswehr Seedocks von Kom-

munisten nicht bestrahlt wurden, es fehlte der Aufruf der Klara Zetkin für ein deutsch-russisches Militärbündnis.

Aber auch das, was gedruckt und photographiert zu sehen war, zeigte genügend den wahren Charakter kommunistischer Friedensliebe. Abzurufen sollen — die anderen. Denn es ist für die ganze Welt ein Vergnügen, sich von den Roten Garden den Schädel einschlagen, sich von rotbelegten Blaufreuzgranaten vergiften zu lassen. Deshalb immer lustig: Nieder mit dem Militarismus der anderen! Er ist ja eine Konkurrenz für den eigenen Laden. Weg damit! Heil Moskau!

Wenn es den Kommunisten ernst wäre mit der Aufrüstungsforderung, so hätten sie ausgezeichnete Gelegenheit, dafür die Gegenseitigkeit zu sorgen. Nach immer tagt der Weltkongreß der Kommintern. Eben erst hat Herr Thälmann dort eine Erklärung verlesen, die alles gut heißt was in Sowjetrußland geschieht und geschehen wird. Wie wäre es, wenn die deutschen Kommunisten in der Plenarversammlung des Kongresses erklären würden:

„Um die Ernsthaftigkeit unserer friedlichen Absichten zu unterstreichen, beantragen wir: Sowjetrußland stellt den Bau von Panzerschiffen, von Unterseebooten, von Kampfflugzeugen ein. Die Kobaltation von Giftgas wird verboten. Die russische Rüstung zu Wasser und zu Lande wird den Beschränkungen unterworfen, die im Versailler Vertrag für Deutschland festgesetzt sind.“

oder, wenn das zu weit gehen sollte, ganz einfach: der Bau von Panzerschiffen und Panzerkreuzern jeder Art ist in Sowjetrußland verboten.

Wir wagen nicht auszu denken, was dem Kommunisten geschehen würde, der solches auf dem Weltkongreß der Kommintern beantragen würde. Die Irrenanstalt — was sagen wir, die GPU, Sibirien wären ihm sicher! Aber in Deutschland — ja in Deutschland ist das natürlich etwas ganz anderes!

Karl Luichardt gestorben.

Genosse Karl Luichardt, der Geschäftsführer unseres Lübecker Parteiblattes, ist im Alter von noch nicht 47 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben.

Genosse Luichardt war von Beruf Schriftsetzer. Er trat dann als Vertreter der Arbeiterabteilung in den „Vorwärts“ ein, nach dem Kriege war er in der Verwaltung des „Vorwärts“ tätig. Im Jahre 1924 folgte er einem Rufe der Lübecker Genossen an den „Volksboten“, dessen geschäftliche Leitung er übernahm.

In den Jahren 1921 bis 1924 war er sozialdemokratischer Bezirksverordneter in Berlin. Die Berliner Genossen kennen ihn als rührigen und sehr tätigen Parteigenossen, sie werden das Andenken des Frühverstorbenen stets in Ehren halten.

Regierungsbildung in Thüringen.

Ein irreführendes Kommuniqué.

Weimar, 28. August. (Eigener Bericht.)

Offiziell wird über die bisherigen Verhandlungen zur Regierungsbildung in Thüringen mitgeteilt: „Der vom Landtagspräsidenten bestellte Unterhändler Abg. Dr. Krüger hat bereits am Tage seiner Bestellung die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Landtagsfraktionen aufgenommen. Zunächst stellte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion die Grundfrage, ob und welche der bisherigen Koalitionsfraktionen bereit seien, zu einer Erweiterung der Koalition mit der SPD. Am Dienstag war Abgeordneter Dr. Krüger ermächtigt, der SPD offiziell mitzuteilen, daß alle vier bisherigen Koalitionsfraktionen, Landbund, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Demokratische Partei grundsätzlich zu einer Koalition mit der SPD bereit seien. Darauf hat Abg. Krüger den Vorsitzenden der SPD, möglichst bald eine Stellungnahme seiner Fraktion zu dieser Tatsache herbeizuführen und das Ergebnis und etwaige Bedingungen ihm zunächst vertraulich mitteilen zu wollen.“

Diese Nachricht läßt falsche Auslegungen zu. Der sozialdemokratische Unterhändler, Abg. Frölich, sandte deshalb nachstehenden Brief an den demokratischen Unterhändler: „Auf Grund Ihrer offiziellen Verhandlung über die Regierungsbildung habe ich richtig zu stellen, daß es nicht mein Wunsch war, daß Sie zunächst bei den bisherigen Koalitionsfraktionen anfragen möchten, ob sie bereit seien zu einer Erweiterung der bisherigen Koalition durch die Sozialdemokratie. Ich habe lediglich auf Ihre Frage an mich bemerkt, daß höchstwahrscheinlich die Bindung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei mit dem Landbund vom Frühjahr 1927 weiter besteht, monach die drei Parteien nur gemeinschaftlich an einer Regierungsbildung teilnehmen und daß, wenn der Landbund in nächster Zeit nicht aufgelöst werden soll, zunächst notwendig ist, zu wissen, ob insbesondere die Volkspartei noch an der 1927 eingegangenen Bindung festhalte. Erst nachdem diese Frage geklärt, würde meine Fraktion zu der Situation Stellung nehmen.“

Der Tod in Deutschland.

Das Leben dauert länger.

Die Errechnung der Sterblichkeitsverhältnisse in Deutschland für die Jahre 1924/26 liegt jetzt vor. Aus ihr ist zu ersehen, daß das Durchschnittsalter der Männer von 48,8 Jahren im Jahre 1910 auf 56 Jahre gestiegen ist, das der Frauen sogar von 38,5 Jahren auf 58,8 Jahre.

Im einzelnen ergibt sich folgendes: Die Säuglingssterblichkeit ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts um 44 Proz. gesunken. Es starben im ersten Lebensjahre in den Jahren 1924/26 154 vom Tausend der lebend geborenen Knaben und 93,9 vom Tausend der Mädchen. Im 3. bis 6. Lebensjahre ist die Sterblichkeit der Knaben und Mädchen auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ ihrer früheren Höhe gesunken. Von den 10jährigen Knaben starben 1,4 vom Tausend und von den 10jährigen Mädchen 1,2 vom Tausend. Erheblich schwächer ist die Verminderung der Sterbefälle in den Altersstufen von 15—25 Jahren. Sehr erheblich ist der Rückgang der Sterblichkeit der erwachsenen Männer. Von 1000 dreißigjährigen Männern starben nur noch 4,1 gegenüber 5,6 im Durchschnitt der Jahre 1901—1910. Die Sterblichkeit der 35—40jährigen hat um rund 40 Proz. abgenommen. Bedeutend höher als die Sterblichkeit der erwachsenen Männer ist die der 30—35jährigen Frauen, hauptsächlich infolge der

Gefährdung durch Schwangerschaften. Auch die Zahl der sterbenden Männer in der Altersklasse zwischen 45—50 Jahren hat mit einer Abnahme um rund 40 Proz. einen günstigen Stand erreicht. Etwas geringer ist die Abnahme in den höheren Altersstufen. Immerhin ist bei den Sterblichkeitsfällen der 70jährigen Männer eine Verringerung von 69,4 auf 58,1 und bei den Frauen von 62,1 auf 52,0 vom Tausend zu verzeichnen.

Die starke Abnahme der Sterblichkeitsziffer bedeutet eine Verschiebung des Altersaufbaues der Bevölkerung. Von einer gleich großen Masse lebender geborener Deutscher erreichen jetzt 12 Proz. der Geborenen mehr das erwerbsfähige Alter als in den Jahren 1901/10 und sogar 25 Proz. mehr als unter den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1871/1880.

Der englisch-französische Pakt.

Gefahr einer neuen Entente.

London, 28. August. (Eigener Bericht.)

Obgleich man in London allgemein zugibt, daß der in Amerika veröffentlichte Brief Chamberlains an Briand eine Fälschung darstellt, so ist doch die Auffassung im Westen begriffen, daß der Inhalt des wenn auch unechten Briefes mehr als bloß Kombination ist. In der Opposition wird die Frage, ob man tatsächlich eine neue Entente vor sich habe, von Tag zu Tag mit größerer Beforgnis gestellt. Die Behauptung einer Zeitung, es handle sich bei dem Brief Chamberlains an Briand um eine russische Fälschung, wird nirgends ernst genommen.

Der sozialistische „Daily Herald“ macht sich zum Sprachrohr der herrschenden Beunruhigung, wenn er auspricht, daß das Flottenabkommen weit über den Rahmen eines technischen Kompromisses über Schiffstypen und Schiffskategorien hinausgeht. Man fragt sich, schreibt das Blatt, ob nicht von Großbritannien als Preis die Zustimmung zu anderen Abkommen, besonders hinsichtlich der Größe und des Zusammenarbeitens der englischen und französischen Luftfahrtruppen gezahlt worden ist. Die ganze Angelegenheit habe, dank der skandalösen Weise, in welcher sie von Chamberlain und dem Außenamt gehandhabt wurde, Anlaß zu einem wahren Flottenkönig von Verdachtsmomenten gegeben. Wollte man verhindern, daß die britisch-amerikanischen Beziehungen noch gespannter werden, so müsse man nicht nur den Wortlaut des Flottenabkommens, sondern auch die gesamte Korrespondenz veröffentlichen, welche zwischen den verschiedenen Ressorts bzw. zwischen den Stäben der beiden Heere und Luftfahrtruppen sowie zwischen den beiden Marinestäben ausgetauscht worden ist.

Kommunisten gegen Polizei!

Zwei Polizeibeamte angegriffen. — Zwei Verletzte, acht Verhaftungen.

In der Ackerstraße, nahe dem Pappel-Platz, kam es gestern abend um 22.30 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen kommunistischen Demonstranten und Beamten der Schutzpolizei.

Als zwei Beamte den Demonstranten verkehrstechnische Anweisungen geben wollten, stürzte man sich auf sie, beschimpfte sie als Weinhunde, schlug an sie los und bewarf sie mit Steinen. Ein Schutzpolizist wurde umzingelt, zu Boden geschlagen und schwer mißhandelt. In seiner Bedrängnis zog er seine Dienstpistole, um sich durch Schreckschüsse die Angreifer vom Leibe zu halten. Nur so glückte es ihm, mit seinem Kollegen unter ständiger Abwehr der Nachdrängenden die Wache in der Bergstraße zu erreichen und das Ueberfallkommando zu alarmieren. Dieses verdrängte dann die Demonstranten.

Während der Hauptkrawall wurden festgenommen und der Abteilung I des Polizeipräsidiums zugeführt. Erstmalig wurde bei dem Zusammenstoß keine Todesopfer zu beklagen. Zwei Demonstranten wurden verletzt; einer durch einen Knieschuß. Beide wurden in die Universitätsklinik in der Ziegelstraße gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Nach englischem Vorbild ist in Polen vom 2. bis 9. September Flugabwehrwache, um die Zurückweisung von Luftangriffen vorzuführen.

Abschied vom Weltparlament.

Schluß der Berliner Konferenz.

Die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union hat gestern ihre Beratungen geschlossen. Wer sie verfolgt hat, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Union durchaus keine überflüssige Einrichtung ist. Sie ist die breiteste Tribüne des internationalen Meinungsaustausches gerade deshalb, weil sie nicht nur die verschiedensten Nationen der Welt, sondern auch innerhalb der Nationen die verschiedensten Parteien umfaßt. Aus dieser Vielgestaltigkeit ergibt sich eine Fülle der persönlichen Eindrücke, der Anregungen und Probleme, ein Ausblick auf internationale Beziehungen — und auch Verwicklungen — wie ihn, von der offiziellen Völkerverammlung viel leicht abgesehen, keine andere Versammlung der Welt zu bieten vermag.

Von einem einheitslichen Geist wird man freilich in einer solchen Versammlung kaum sprechen können, die außer deutschen Sozialdemokraten auch Deutschnationalen umfaßt, in der neben englischen Konservativen auch Arbeiterparteiern sitzen, in die sich sogar auch ein englischer Kommunist verirrt hat, dem gegenüber italienische Faschisten ihren Sitz aufgeschlagen haben. An Spannungen weltanschaulicher und nationaler Gegensätze kann es da nicht fehlen; die Atmosphäre der internationalen Höflichkeit, in die alles getaucht ist, kann die Ausdrucksform dieser Gegensätze mildern, sie selber aber nicht verdecken. Und sie soll es ja auch gar nicht! Denn erst diese Gegensätze verleihen den Verhandlungen ihren Reiz.

Im allgemeinen kann man sagen, daß in dieser internationalen Gesellschaft der Geist der Demokratie und eines realpolitischen Pazifismus zwar nicht allein herrschend ist, aber doch vorwiegt. Selbstverständlich kann sich eine solche Konferenz, an der Arbeitervertreter der verschiedensten Länder zahlreich beteiligt sind, auch sozialistischen Gedankengängen nicht ganz verschließen.

Entschlüsse, die in einem solchen Milieu gefaßt werden, können naturgemäß nur recht allgemeiner Art sein. Nicht in ihnen liegt der eigentliche Wert der Konferenz, sondern in ihren Diskussionen, die für die verfassungsrechtliche Entwicklung der Welt und für den Ausbau ihrer internationalen Einrichtungen wertvolle Anregungen enthalten. So kann man nur wünschen, daß die Vertreter der verschiedensten Völker nur noch öfter als bisher den Weg zueinander finden mögen, um persönliche Beziehungen zueinander anzuknüpfen und ihre Meinungen in parlamentarischer Form auszutauschen. Wäre es auch nur, um den Beweis dafür zu erbringen, daß erst der internationale Geist der Arbeiterklasse und des Sozialismus aus dieser bunten Vielfaltigkeit eine willens- und tatkräftige Einheit zu schmieden vermag!

Im weiteren Verlauf der Schlußsitzung der Interparlamentarischen Union erklärte de Valera-Irland, die Resolution müsse die Eroberung nicht nur für Gegenwart und Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit verurteilen. Deshalb dürfe der internationale Gerichtshof nicht aus Vertretern der Staaten zusammengesetzt sein. Gefährlich sei die Anerkennung des Status quo in der Resolution. International müsse ebenso die Möglichkeit bestehen, sich gegen ungerechte Friedensverträge zu wehren. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Hoffmann-Oesterreich verlangt, daß der Begriff „Völker“ in die Resolution eingefügt werde. Man dürfe nicht nur von „Staaten“ und „Nationen“ sprechen. Das österreichische Volk sei ein Teil des deutschen Volkes, es müsse das Recht haben, frei über sich selbst zu verfügen. Die österreichische Delegation behalte sich ihre Stellung wegen dieser Bedenken vor. Auch die Frage der Minderheiten komme in der Entschließung nicht genügend zur Geltung. Man müsse dem Zustand wie in Italien ein Ende machen, daß große Minderheiten in ihrer Muttersprache nur schweigen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Der holländische Kapitän van Embden widerspricht der Stelle der Entschließung, die den Staaten das Recht militärischer Notwehr gibt. Dann sei es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Präventivoffensive.

In der Nachmittagsitzung begründet Lindhagen-Schweden einen Antrag auf Hinzufügung folgenden neuen Absatzes zu der vorgeschlagenen Resolution: „Was oben über die Rechte der Staaten gesagt ist, gilt nicht gegenüber beherrschten Völkern, die vom Mutterlande des herrschenden Staates getrennt leben. Das Selbstbestimmungsrecht solcher Völker muß neben den Befehlsgebungen der Staaten durch internationales Gesetz geschützt werden.“

Abg. v. Ludl, Vertreter der Ukrainer in Polen, stellt sich auf die Basis der La Fontaine'schen Grundzüge und verlangt für alle Ukrainer das Recht zu einem eigenstaatlichen Zusammenschluß.

Abg. Renaudel-Frankreich beantragt für § 6 der vorgeschlagenen Resolution eine Ergänzung, wonach die Mobilisierung im Falle der berechtigten Selbstverteidigung nur zulässig sein soll nach vorheriger Befragung des Völkerbundes und auch dann nicht einfach durch Regierungsbeschluss, sondern durch Beschluss der Volksoberleitung.

Abg. Holger Andersen-Dänemark erkennt die idealen Bestrebungen an, die die Kommission mit ihrer Entschließung verfolgt, sieht aber in der vorgeschlagenen Fassung keinen praktischen Weg zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten. Er verlangt deshalb Zurückverweisung an die juristische Kommission.

Fisher (Vereinigte Staaten) protestiert im Namen der Amerikaner gegen den Artikel der Entschließung, der besagt, daß die Gesamtheit der Staaten verpflichtet ist, einem mit bewaffneter Gewalt angegriffenen Staate beizustehen. Einem solchen Zwange könne sich Amerika nicht unterwerfen.

Ehemaliger Minister Heemskerk (Niederlande) schließt sich dem Vorschlage Andersens an.

Miniariski-Polen begrüßt den pazifistischen Geist der Resolution. René Brunel-Frankreich bezeichnet es als notwendig, eine Interpretation der in der Resolution aufgestellten allgemeinen Axiome festzulegen.

Eine internationale Verfassung müsse das Ziel sein. Diese Resolution bilde die Vorrede. Das Werk müßten unsere Nachkommen schaffen.

Heile-Deutschland befragt namens der deutschen Gruppe folgenden Antrag: „Die Konferenz beauftragt den Rechtsausschuss, Richtlinien auszuarbeiten, die für die völkerrechtliche Behandlung der Bestimmungen der Resolution maßgebend sein sollen.“

Abg. Frau Teusch-Deutschland begrüßt im Namen der weiblichen Delegierten die grundsätzliche Einstellung der Konferenz für volle

Kriegsächtung.



„Euer Geschreibsel tut mir nichts, haltet mir nur den Kerl da hinten vom Hals!“

Gleichberechtigung aller Staatsbürger, gleichviel welchen Geschlechts.

Der französische Abg. Rogaro hält es für richtig, wenn diese Versammlung einmal die nüchternen Stepsis zurückstelle und sich mit den Verfassern der Entschließung zusammensinde in der Aufstellung eines hohen Ideals der pazifistischen Aktion. Als ein Gegenstück zu der gestrigen feierlichen Unterzeichnung des Kellogg-Paktes müsse heute die Interparlamentarische Konferenz erklären, daß alle Staaten die Verpflichtung auf sich nehmen, den Angriff eines Staates auf die Völkergemeinschaft mit allen Mitteln zurückzuweisen.

Abg. Dr. Tinzl (Südtirol) wünscht die Entschließung dahin interpretiert, daß der Begriff der freien Entwicklung auch die freie Bestimmung der Nationalität enthalte, an deren Kultur sich die Bürger und ihre Gemeinschaften gebunden fühlen, und deren Pflege dieser Punkt gewährleisten soll.

Zurückverweisung der Entschließung Lafontaine.

Die nun folgende Abstimmung über den Antrag Heemskerk-Holland und Andersen-Dänemark auf Zurückweisung der Entschließung an die Juristische Kommission bleibt in ihrem Ergebnis zunächst zweifelhaft, so daß zum erstenmal in der Geschichte der Union eine namentliche Abstimmung erfolgen muß. Dabei stimmen die deutschen Delegierten geteilt. Für die Zurückweisung stimmen die Mitglieder der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Banerischen Volkspartei und die Demokratin Frau Dr. Lüders. Die aus Zentrum und Demokraten bestehende Mehrheit der deutschen Delegation stimmt gegen die Zurückverweisung. Geteilt stimmen auch die Desertrier. Die französische Delegation stimmt geschlossen gegen die Zurückverweisung.

Als Ergebnis der Abstimmung wird eine erhebliche Mehrheit gegen die Zurückverweisung an die Kommission festgestellt.

Hierauf werden die ersten drei Artikel der Entschließung mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 4 lautet in der ursprünglichen Fassung, daß die aus freiem Willen zwischen Staaten abgeschlossenen Verträge nur mit Zustimmung der interessierten Staaten aufgehoben oder abgeändert werden können. Der Berichterstatter Lafontaine empfiehlt legt im Einklang mit einem Änderungsantrag die Ergänzung: „Mit Zustimmung der beteiligten Staaten oder in Gemäßheit internationalen Rechts.“ Artikel 4 wird in dieser Fassung angenommen.

Zum Artikel 9, der von den territorialen Verschiebungen spricht, wird die vom Berichterstatter akzeptierte Ergänzung angenommen: „Die Völker haben das unzerstörliche und unveräußerliche Recht, über sich selbst zu verfügen.“ Der von Lindhagen (Schweden) dazu beantragte Zusatz: „und die Staaten haben die Pflicht, auf dieses Recht Rücksicht zu nehmen“ findet nicht die nötige Mehrheit. Auf Antrag Heile-Deutschland wird die Kommission beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten, die für die völkerrechtliche Behandlung territorialer Verschiebungen maßgebend sein sollen.

Im übrigen wird die Entschließung mit den vom Berichterstatter akzeptierten Ergänzungen angenommen.

Das Amendement Renaudel wird der Kommission überwiesen. In der Schlußabstimmung wird die Entschließung im ganzen unter Beifallzustandungen angenommen.

Schutz des parlamentarischen Regimes.

Hierauf folgt die Entschlußung über die am Sonnabend von der ägyptischen Delegation eingebrachte Entschließung zum Schutze des parlamentarischen Regimes.

Dazu legt der Rat die bereits mitgeteilte veränderte Fassung vor. Der dritte Absatz, der betont, daß die Union ein Urteil über die politischen Verhältnisse, namentlich die innerpolitischen Verhältnisse einzelner Staaten vermeiden wolle, wird mit 59 gegen 45 Stimmen angenommen. Dagegen haben mit den Ägyptern auch die Deutschen gestimmt.

Die gesamte Resolution wird unter Beifallzustandungen mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird dann durch Juroz die Neuwahl des Interparlamentarischen Rats vorgenommen, in dem Deutschland durch Professor Dr. Schäding und Reichstagspräsident Lobe vertreten ist.

Die Schlußansprache.

Darauf ertönt der Vorsitzende der Konferenz, Professor Schäding, das Wort zur Schlußansprache, in der er zunächst eine Uebersicht über die Arbeiten der Konferenz gibt, und dann fortfährt:

Es ist nicht nur die Pflicht des Vorsitzenden, den wesentlichen Inhalt der gefaßten Entschlüsse wiederzugeben, sondern auch die nationalen Gruppen auf ihre Verpflichtung aufmerksam zu machen, das Ihrige dafür zu tun, damit der Inhalt der Resolutionen daheim Kraft gewinnt. Indem ich auch dieser Pflicht genüge, möchte ich abschließend noch eine allgemeine Betrachtung anstellen. Ich habe mir erlaubt, in meiner Eröffnungsrede das gegenwärtige Zeitalter als ein Zeitalter des Ueberganges zu kennzeichnen. Wie lange soll dieser Uebergang dauern? In den historischen Vorlesungen, die ich als Student hörte, habe ich gelernt, daß der Uebergang vom Mittelalter zur Neuzeit etwa zweihundert Jahre gedauert habe. Sollen wir auch diesmal zweihundert Jahre warten bis das Zeitalter der Desorganisation der Völker, aus dem wir kommen, einen neuen Zeitalter des internationalen Rechtsfriedens Platz gemacht hat? Ich fürchte, dann wird von unserer Kultur nichts mehr übrig sein, was in das neue Zeitalter eingebracht werden könnte. Wenn der Ausbau der internationalen Rechtsordnung sich so langsam vollziehen sollte, dann werden inzwischen noch Katastrophen austauschen, die alles in den Abgrund reißen. Und selbst wenn in dieser Zwischenzeit internationale Katastrophen vermieden werden könnten, so werden meines Erachtens innere Katastrophen über unsere staatliche und wirtschaftliche Ordnung hereinbrechen. Die kommunistische Revolution Rußlands sollte zu denken geben.

Die Zeit ist vorbei, wo die Massen den Reichtum des einen und die Not des anderen als Gott gewollte Ordnung hinnahmen.

Und wenn Sie den Massen sagen, eine andersartige Verteilung der Güter kann euch nicht helfen, weil gar nicht genug Güter in der Welt vorhanden sind, um jedem eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen, so werden Sie antworten: je weniger Güter in der Welt vorhanden sind, desto weniger Verschwendung darf mit diesen Gütern getrieben werden; wenn ihr es aber nicht fertig bringt, ein neues System der Staatenbeziehungen aufzurichten, wenn ihr noch wie vor Millionen und Milliarden für Rüstinstrumente ausgebt, statt den Armen und Elenden dieser Welt zu helfen, dann ist eure Stunde abgelaufen, dann werden wir mit Gewalt euren Staat und eure Herrschaft zertrümmern, um einmal ganz von neuem anzufangen auf besseren Fundamenten.

Ich glaube, unter so bedrohlichen Zeichen haben alle Nationen Verantwortung, immer wieder bei sich Einkehr zu halten, sich einen ganz anderen Begriff von nationaler Ehre zu schaffen als sie ihn sich früher vielfach zurechtgelegt haben, und zu der Erkenntnis vorzudringen,

daß die nationale Ehre nicht in dem Vorhandensein von Panzern und Bataillonen besteht, sondern darin, daß sich zunächst einmal jeder im Vaterlande fast essen kann.

Um das zu ermöglichen und um dadurch furchtbare soziale Katastrophen abzuwenden, wird es notwendig sein, im Ausbau der internationalen Rechtsordnung ein ganz anderes Tempo einzuschlagen als es bisher abgemalt hat. Als Präsident einer Art Weltparlament möchte ich die ganze Welt aufrufen, diese Warnung zu hören und demgemäß zu handeln, damit endlich die Zeit kommt, von der einst feherisch Victor Hugo gesprochen, wo man die Mordmaschinen in den Rußen zeigt wie die Halbwertzeuge des Mittelalters und wo man staunt, daß so etwas einmal möglich gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Damit waren die Arbeiten der Konferenz abgeschlossen. Am Abend fand ein Schlußbankett statt, zu dem neben den Delegierten und prominenten Politikern die Botschafter und Gesandten der fremden Mächte erschienen waren.

Der finnische Militärattache in Moskau war im Juni von der Polizei in Leningrad festgenommen worden, als er Flugzeugübungen photographierte. Bald darauf wurde er zwar freigelassen, aber Sowjetrußland fordert jetzt seine Ueberführung, da Finnland das nicht von sich aus getan hat.

Der Weltfriedenskongreß der Jugend in Gerd befaßt die Erziehung eines internationalen Sekretariats in Haag. Von der Errichtung einer Weltföderation wurde vorläufig Abstand genommen.

Weil er ein Chauvinistenklub angestrichelt hatte, ist der Dirigent des Trierer Musikvereins „Marina“ vom französischen Militärgericht zu vier Tagen Haft und 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Verein hatte bei einem Musikfest dieses Lied vorgetragen. Der Dirigent war nicht dabei, aber das Einstudieren durch ihn genügt zur Beurteilung.



Ein Mitglied der Schutzpolizei schildert im folgenden die Marmierung eines Ueberfallkommandos in der Nacht. Die Großstadt schläft. Trüber Laternenschein macht die neblige Dunkelheit nur noch unheimlicher.

Alarm!

Doch halt! Da! An einer Haustür ein sekundenlanges Aufblitzen. Ein kurzes metallisches Klingeln, eine Tür flappt, — und alles ist ruhig wie zuvor.

Das Auto rast!

Schon bei Beginn des Frage- und Antwortspiels belebte sich die Situation im Zimmer. Hier und da ein kurzes Gähnen; eine Hand fährt schnell durch das Haar; leises Klappern des Gummihüppels gegen die Seitengewehrseide; draußen springt ein Motor an.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty. (Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Wir wollen damit anfangen, wo du warst, bevor du hierhergekommen bist. Bartly Mulholland erzählt uns, daß du mit einem Mädchen namens Connemara Maggie bei Tante Betty warst.

die andere reißt am Halterriemen des Uchatos, um ihn unter das Kinn zu bringen. Der Knall einer zugeschlagenen Tür, polternde, hastende Schritte die Treppe hinab, ein kurzer Ruf, und der Kommandoführer springt in den vom Hof fahrenden Wagen, in welchem seine beiden Kameraden und der Kraftwagenführer bereits Platz genommen hatten.

Auf dem Boden.

Dann eilen sie die Treppe hinauf! Der eine schließt vorsichtig die eisenbeschlagene Tür auf, und der andere richtet den Lichtkegel seiner Blendlaterne sowie den Lauf der entschicherten Pistole auf den größer werdenden Türspalt.

Friedlich hängen die Uchatos wieder auf ihren Säulern, und leise pendeln noch die Leibriemen mit den Waffen am Hals. — Tiefes Atmen verrät geordneten Schlaf. Eine Hand blättert eine Zeitung. Und die Großstadt schläft...

Gegen die Ueberbürdung von Lehrern und Schülern. In einer vom Bunde entschiedener Schulreformer, Berlin, am 21. August einberufenen öffentlichen Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es mißbilligt wird, daß die Regierung und die Schulbehörden nichts Entscheidendes unternehmen, um der Ueberbürdung der Schüler, die aus der Starrheit des Schulsystems und der übermäßigen Stunden- und Fächerzahl und der Vermüderung

der Lehrkräfte entspringt, ein Ende zu bereiten. Man mutet diesen statt dessen die sinnlos erhöhte Stundenzahl der verfehlten Abbauperiode weiterhin zu, während man zugleich von ihnen reformerische Elastizität verlangt und während Zehntausende unbeschäftigter Junglehrer sich durchhungern müssen.

Auto und Polizei.

3800 Strafen für Kraftwagenführer im Juli.

Im Monat Juli wurden, wie das Kraftverkehrsamt mitteilt, nicht weniger als 3800 Strafverfügungen einschließlich der an die Amtsanwaltschaften abgegebenen Strafanzeigen gegen jährliche Kraftfahrzeugführer erlassen, und zwar verteilen sich diese wie folgt: 151 wegen übermäßig schnellen Fahrens, 308 wegen vorschriftswidrigen Fahrens, 10 weil die Betreffenden Straßenbahnschienen bemuteten, 40 wegen Abgabe falscher Signale, 30 wegen Nichtabgabe von Signalen, 38 wegen vorschriftswidriger Beleuchtung, 22 (17) wegen falscher oder nicht gestempelter Kennzeichen, 133 wegen Nichtbeleuchtung des hinteren Erkennungszeichens, 67 wegen mangelhafter Beleuchtung des hinteren Erkennungszeichens, 20 wegen vorschriftswidriger Anbringung des hinteren Erkennungszeichens, 178 wegen Nichtbeleuchtung des Kraftfahrzeugs (Nichtbrennens der Scheinwerfer), 27 wegen mangelhafter Beleuchtung des Wagens, 10 wegen übermäßig stark wirkender bzw. nicht abgeblendeter Scheinwerfer, 148 wegen Rauchbelästigung, 106 wegen Fahrens ohne Führerschein oder Fahrschein, 76 wegen Fahrens ohne Zulassungsbekanntmachung, 131 wegen Benutzung von Kraftfahrzeugen auf gesperrten Straßen, 31 wegen Benutzung zweier Anhänger ohne Erlaubnis, 89 wegen Geräuschbelästigung, 30 wegen Nichtabstellens des Motors beim Verlassen des Kraftzeugs, 720 wegen Uebertretung der Drohnenordnung und 909 wegen sonstiger Vergehen.

Als der Kraftwagenführer Sch. mit seinem Kraftfahrzeug durch ein Straßchen im Westen von Berlin fuhr, verlor er mit seinem Kraftfahrzeug ein Pferd vor einem Wagen derauf, daß es getötet werden mußte. Die Geschwindigkeit des von Sch. gesteuerten Kraftfahrzeuges soll 25 Kilometer in der Stunde betragen haben.

Kneipe, in — 'na — Ryans Kneipe in der Litzstreef. Dort war's, wo du mir die späßige Geschichte über Mulligan erzählt hast. Hahaha! Hahaha!...

Gallagher brüllte plötzlich vor Lachen und hielt sich die Seiten, den Kopf zurückgeworfen. Gypo sprang fast von seiner Bank. Er bebte.

Gallagher fuhr fort, sich stellend, als sei er vor Lachen atemlos: „Na, und nach all diesen Geschichten kann ich nun gar nicht ausmachen, warum du mir den Bären aufgebunden hast, Gypo. Ich kann's nicht ausmachen. Na, man kann ja nicht wissen... Aber wir wollen mit unserer eigenen Arbeit weitermachen. Die Zeit wird knapp, und wir haben noch manche schwere Arbeit vor uns, bevor die Nacht vorüber ist.“

„Ich weiß nicht,“ grölte Gypo. Seine Stimme war nicht mehr schwach und kindisch. Er wurde wieder trohig. „Vielleicht warst du schon betrunken,“ sagte Gallagher beinahe überredend, als ob er bereitwillig nach Entschuldigungen für Gypos Seltsamkeiten suchte. „Vielleicht warst du betrunken, wie?“

(Fortsetzung folgt.)

Das „zweite Gesicht“. Schminken und Maskenmachen.

Als profanistische Vorkau zu der am kommenden Sonntag stattfindenden Veranstaltung der Theater- und Filmfriseur „Im Reich der Schminke“ wurde der Presse am gestrigen Sonntag im Wintergarten des Zoo ein Blick in das Geheimkabinett der Friseur und Gesichtsmaschinen hinter dem Vorhang von Bühne und Film gewährt.

Aus einem Klumpen Plastilin, gebunden mit Koffiz, formen Hände, geschickte Hände das „zweite Gesicht“. Da sieht Richard Wagner neben einem Shakespeare'schen Tierkopf mit einer wichtigen Niesenschmucke; daneben die böse, alte Hege und ein scheußlich echer Orang-Utang. Unwillkürlich mußte man an das Kabinett des Dr. Caligari, oder an das berühmte Wachfigurenkabinett der Madame T. denken. Und wäre nicht die leuchtende Nachmittagslampe durchs Fenster gefallen und hätten nicht fröhlich plaudernde Menschen rundum gesessen, dann hätte man vielleicht sogar das Geheul gelernt. Aber nein — die letzten ja, standen auf, gingen umher und ließen sich von allen Seiten bewundern. Der Wagner, trotz des energischen Kinn und die lähn gebogene Nase weit vorgezogen, der Tierkopf läpzig hinterdrein, die Hege verschminkt und giftig, und der Affe, naturgetreu zusammengedacht, schiefköpfig, an der Hand seines Begleiters. Die Masken waren sehr charakteristisch gefungen. Dann wurde das allgemeine Schminkeverfahren für den Film vorgeführt, das durch die neue Lichttechnik des Films, den sogenannten panchromatischen Film, eine vollständige Umwälzung erfahren hat. Während bei dem früheren Filmstreifen, dem gewöhnlichen Film, wie ihn jeder Photograph in seiner Kamera hat, das Gesicht des Künstlers einer ganz unnatürlichen starken Beleuchtung (Supertierlampe und anderen künstlich starken Lichtquellen) ausgesetzt war, mußten auch dementsprechend unnatürliche Farben aufgetragen werden. Bei dem neuen Film, der die Effekte des Regenbogens fast genau so wiedergibt, wie sie das menschliche Auge zu sehen gewohnt ist, ändert sich naturgemäß auch die Lichtwirkung auf das Gesicht des Darstellers. Man dachte anfänglich, das Schminken wäre jetzt überhaupt ein überwindener Standpunkt; doch sah man bald ein, daß die unbarmherzig scharfe Linse alle Unebenheiten des Gesichtes, wie Falten, Poren usw. in allzu großer Schärfe wiedergibt. Während das Gesicht früher mit einer dicken Schminke- und Puderschicht bedeckt wurde, die, bei Großaufnahmen selbst der jugendlichsten Haut ein pergamentartiges Aussehen verlieh, wird nach dem heutigen Schminkeverfahren das Gesicht eigentlich nur durch leichte Wälderung der Konturen und vorsichtiges Unterstreichen der Konturen der Linse angepaßt.

Die Zifferblätter der Marienkirche. Ein tolles Diebstahl.

Seit einiger Zeit werden an der Marienkirche Ausbesserungsarbeiten vorgenommen. Man hat dabei auch die beiden Zifferblätter der Turmuhr, die jedes 2 1/2 Meter im Durchmesser groß und aus gewaltem Kupfer sind, abgenommen und vorläufig beiseite gestellt. In der vergangenen Woche war plötzlich das eine Zifferblatt auf unerklärliche Weise abhanden gekommen.

Die bei den Reparaturen beschäftigten Leute gerieten auch in Verdacht und ihrer hemächtigte sich eine große Mut, da sie sich schuldlos mußten. Sie nahen scharf auf und am Sonnabend wurde ihre Wachsamkeit belohnt. Als alle Arbeiter oben auf dem Turm tätig waren, sahen sie unten drei Männer an den abgestellten Geräten herumhantieren. Der eine nahm schließlich das noch vorhandene zweite Zifferblatt der Turmuhr und wollte es, um seinen Umfang zu verringern, zusammensetzen. Wie der Blick waren die Arbeiter von ihrer lustigen Höhe herunter und hatten die drei am Kragen. Vor der Kriminalpolizei leugneten sie natürlich; in ihrem Keller in der Weddinggegend aber fand man das zweite Zifferblatt noch vor. Die drei sind Altkmetallhändler, die auf den Höfen umherziehen. Ein besonders tolles Stück haben sie sich bei einem Klempnermeister geleistet. Dieser hatte auf dem Turm vor seiner Werkstatt eine ausgebeißerte Badewanne zu stehen. Das kam den Händlern recht gelegen. Sie packten die Wanne in den Buckel und verschwanden damit, ohne daß es jemand aufgefassen wäre. Die Festgenommenen wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Potsdamer Typhuserkrankungen. Bisher etwa 55 Fälle.

Die Potsdamer Typhuserkrankungen haben in den letzten Tagen durch vier bis fünf weitere Fälle eine geringe Ausdehnung erfahren. Bisher beträgt die Zahl der Erkrankten etwa 55, bei denen es sich um 23 Fälle aus der Umgegend von Potsdam handelt. Die Quelle der Erkrankungen ist endgültig zweifellos in Beelitz festgestellt worden, und zwar hat man ermittelt, daß zwei Arbeiter, die in der dortigen Molkerei beschäftigt waren, an Typhus erkrankt waren, ohne daß man dies gemerkt hatte. Der eine Arbeiter hatte seine Arbeitsstelle aufgegeben und war nach Berlin verzogen, wo er erkrankte und man ihn zunächst auf Grippe behandelte, da die Typhusdiagnose sich nicht einwandfrei feststellen ließ. Durch diesen Kranken, der die Bakterien längere Zeit mit sich trug, ist dann der andere Arbeiter infiziert und die Milch irgendwie verunreinigt worden. Die Pasteurisierung in der Molkerei in Beelitz wird nach wie vor unter polizeilicher Kontrolle durchgeführt. Die Potsdamer Gesundheitsbehörden wiederholen aber immer aufs neue die Warnung vor dem Genuß roher Milch, da trotz der Entkeimung in der Molkerei sehr leicht bis zum Haus des Konsumenten eine Infizierung entstehen kann.

Eine haltlose Behauptung.

„Von der Konsumgenossenschaft geleitet...“

Die im Illstein-Berlag erscheinende „Berliner Monatspost“ brachte in ihrer Nr. 33 vom 27. August d. J. eine Notiz folgenden Inhalts: „In der Reichsdruckerei sind zahlreiche Angestellte nach dem Genuß von Fleisch und Gemüse, die in der Kantine der Reichsdruckerei verabsolgt worden waren, an Vergiftungserkrankungen erkrankt... Die Kantine der Reichsdruckerei wird von der Konsum-Genossenschaft geleitet.“

Diese Notiz ist, wie wir einer an den Illstein-Berlag gelangten Berichtigung der Konsumgenossenschaft entnehmen, insofern irreführend, als darin gelagt wird: „Die Kantine der Reichsdruckerei wird von der Konsum-Genossenschaft geleitet.“ Es muß durch diese Notiz allgemein die Auffassung Bloh greifen, daß die 150 000

Bestechungsstandal bei der Reichsbahn.

200 000 Mark Schmiergelder in einem Jahre.

Das Große Schöffengericht Charlottenburg hatte sich gestern mit einer sehr interessanten Betrugsanklage, die sich gegen zwei Angestellte der Eisenbau- und Tiefbaufirma Kuhner, den Disponenten Kosch und den früheren Lohnbuchhalter Heuer richtete, zu befassen. Dieser Prozeß, dem ein Erbschaftsstreit zugrunde liegt, bedarf die Tatsache auf, daß an Beamte der Reichsbahn in einem Jahre nicht weniger als 200 000 Mark Schmiergelder für die Vergütung von Aufträgen gezahlt worden waren.

Die Firma Kuhner hatte in den Jahren 1924/25 in großer Zahl Aufträge der Reichsbahn, sowie staatlicher und städtischer Behörden erhalten. Diese Aufträge bildeten den Hintergrund der Anklage. In dem Prozeß selbst handelte es sich um einen Erbschaftsstreit, den die Witwe des Mitinhabers der Firma Kuhner, des früheren Oberbahnmeisters Pleh führte. Als Pleh, der in Frankfurt an der Oder tätig war, den Inhaber der Firma Kuhner kennen gelernt hatte, wurde er von diesem in erheblichem Maße bestochen. Dadurch erreichte es die Firma, die auch bei dem Bestechungsstandal um den Reichsbahndirektion Frankfurt a. d. O. große Aufträge erhielt. Pleh mußte schließlich den Dienst quittieren und trat jetzt als Mitinhaber bei Kuhner ein. Nunmehr begann erst die eigentliche „Blütezeit“ der Firma und es wurden ganz außergewöhnlich umfangreiche Geschäfte eingeleitet. In der gestrigen Verhandlung kam wiederholt zur Sprache, daß zur Abwicklung aller dieser Geschäfte in riesigen Ausmaßen Bestechungsgelder von Pleh und Heuer gezahlt sind. Die Firma erhielt u. a. auch mehrere Aufträge von den Berliner Elektrizitätswerken und es hat sich, wie der Vorsitzende des Schöffengerichtes, Landgerichtsdirektor Dr. Crone, erwähnte, ergeben, daß der später verstorbene Direktor Gölich der Berliner Elektrizitätswerke allein Bestechungsgelder in Höhe von 95 700 Mark eingeleitet hat. Die Zahlung der Gelder geschah in der Weise, daß die Summen als Alfordbühnen in die Bücher eingetragen und so verschleiert wurden. Als Pleh verstarb, sollten bei den Erbschaftsausgleichungen von den Angeklagten Kosch und Heuer, die die Firma damals leiteten, falsche Bilanzen aufgestellt sein, um Frau Pleh um den Hauptteil der enormen Gewinne zu betrügen. Gestern ermittelte der Vorsitzende durch eingehendes Befragen der Zeugin Pleh, daß Schmiergelder vor allem an persönliche Beamte der Reichsbahn in sehr erheblicher Höhe gezahlt worden sind. Wegen dieser Auslage der Frau Pleh wird die gestrige Verhandlung sicherlich noch weitere Kreise ziehen, da nunmehr Verfahren gegen Beamte, die allerdings vorläufig noch unbekannt sind, eingeleitet werden sollen. Den Angeklagten Kosch und Heuer war nicht einwandfrei nachzuweisen, daß sie die zwar leichtfertig aufgestellten Bilanzen absichtlich gefälscht hätten, um die Witwe des früheren Mitinhabers zu schädigen. Beide wurden daher freigesprochen und nur Heuer erhielt wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung, die während des Erbschaftsstreites erfolgt ist, 300 Mark Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung übte der Vorsitzende an der Geschäfts-

Mitglieder zählende, 260 Warenabgabestellen umfassende Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend die Warenbelieferung der Reichsdruckerei-Kantine vornimmt und durch ihre Lieferungen von nicht einwandfreiem Fleisch und Gemüse die Vergiftungserkrankungen des Personals hervorgerufen seien. Wir stellen fest, daß die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend in keinerlei Verbindung mit der Kantine der Reichsdruckerei steht.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend legt, wie bekannt, größten Wert darauf, in ihrer Warenversorgung, deren Wert im vorigen Geschäftsjahr 52 Millionen Mark erreichte, nur einwandfreie, erstklassige Lebensmittel und Bedarfsartikel den Mitgliedern zu vermitteln; die Gewinne für Reinheit und Unverfälschtheit der Waren ist u. a. dadurch gegeben, daß die gesamte Warenvermittlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend unter ständiger Kontrolle des öffentlich angestellten Nahrungsmittelmehlers Dr. Heinrich Zellner steht.

Pankower Idylle.

Stahlhelmpöbeleien. — Die Behörden versagen.

Idyllische Zustände hoben sich in Pankow durch das Verhalten von Angehörigen des Stahlhelms herausgebildet. So kam es Montagabend durch das pöbelhafte Benehmen von Angehörigen des Stahlhelms, die dauernd Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend beschäftigten, auf dem Marktplatz zu größeren Zusammenstößen.

Auch bei der Verfallungsfest am 11. August hatten dieselben Stahlhelmer, die zum größten Teile Schüler der höheren Lehranstalten Pankows sind, den Umgang der republikanischen Parteien an der Linden-, Ede- Viktorialstraße zu fördern versucht und durch Jodeln, Pfeifen und unsägliches Schimpfen den besonders hohen Grad ihrer Bildung betundet. Leider war von einem Eingreifen der Polizei nichts zu bemerken. Die Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit so verschärft, daß die Pankower Anwohner der im Stahlhelm organisierten höheren Schüler und ihrer Freunde geradezu zu einer Landflucht geworden sind. Durch die Latenzhaftigkeit der zum Eingreifen befugten Stellen kann es dahinkommen, daß die bis zum äußersten gereizten Angegriffenen sich nicht mehr darauf beschränken werden, sich zu verteidigen, sondern nunmehr ihrerseits aktiv vorgehen. Dadurch aber würden sich Zustände herausbilden, die von keinem Einseitigen ausgehen werden können. Es sollte in einem überwiegend republikanisch gesonnenen Bezirk sowohl den Schulbehörden als auch der Polizei möglich sein, erzieherisch und verhaltend einzuwirken. Wie uns mitgeteilt wird, haben sich insbesondere Schüler der Realschule am Rathaus bei den erwähnten Pöbeleien herausragend betätigt.

Interessant ist noch der Verlauf der vom Bezirksamt abgehaltenen Verfallungsfest. Der erste Bürgermeister mußte ausgerechnet am Verfallungstage seinen Urlaub antreten, und von den höheren Beamten und selbstverständlich auch den rechts eingesetzten Stadträten war kaum einer bei der Feier zu sehen. Vielleicht konnten die republikanischen Kriegsveteranen und Stahlhelmeute, die im Bezirksamt im Dienst der Republik tätig sind, es nicht über Herz bringen, ihr Gewissen mit der Teilnahme einer solchen Feier zu belasten. Hoffentlich nimmt die nächste Bezirksversammlung Gelegenheit, die höchst schlimmen Zustände im 19. Bezirk einer eingehenden Kritik zu unterziehen.

Erdrutsch beim Bau der Untergrundbahn. Im Pauschacht der Untergrundbahn in Reutlingen vor dem Hause Hermannstraße 98 gaben gestern gegen 2 Uhr nachmittags die Träger der Absteifung nach, wodurch sich am Rande des Bürgersteiges eine große Verengung bildete. Die Feuerwehr hat Absteifungen vorgenommen, so daß keine Einsturzgefahr besteht. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Mauern in einer Schulkasse. Auf Ersuchen des zuständigen Kreisarztes wurde die Klasse 8 B der 50. Schule in der Reichenberger Straße wegen Mäuren auf einige Tage geschlossen.

führung der Firma Kuhner vernichtende Kritik und betonte, daß es durch die Gemeinsumnahme festgestellt sei, daß allein im Jahre 1925 mindestens 200 000 Mark Schmiergelder gezahlt worden. Zwar wäre es heute nicht mehr möglich, Pleh und den inzwischen ebenfalls verstorbenen Kuhner nach zur Verantwortung zu ziehen; aber die schuldigen Beamten werden hoffentlich noch ermittelt und bestraft werden können.

Die Reichsbahn erwidert! Die Fürsorge für die Verkehrsangestellten.

Zu dem Artikel „Mehr Fürsorge für die Verkehrsangestellten“ in Nr. 364 des „Abend“ vom 3. August 1928, in dem gelagt wurde, die Reichsbahn betätige bei großer Hitze keine Fürsorge für ihre Bediensteten durch Vorhaltung erfrischender Getränke teilt uns die Reichsbahndirektion Berlin folgendes mit:

„Die Reichsbahn hält für sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter während der Dauer ihres Dienstes zu jeder Tageszeit Selterswasser und Limonade zu einem äußerst niedrigen Preise vor. Kostenlos erhält das Lokomotiv-, Zugbegleit- und Rangierpersonal warme Getränke — Kaffee mit Milch oder Tee — bei großer Kälte (mindestens 10 Grad Celsius) oder bei andauernd nachhaltiger Bitterung in Pausen von je drei Stunden, wenn das Personal bei ununterbrochener Tätigkeit keine Gelegenheit hat, sich selbst warme Getränke zu bereiten. Kühende Getränke werden ebenfalls kostenfrei an das Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal bei warmer Bitterung, und zwar von 15 Grad Celsius im Schatten aufwärts, bei mindestens dreitägiger Dauer dieser Temperatur geliefert.“

Die Erwidrerung der Reichsbahndirektion mag wohl in der Theorie Berechtigung haben, in der Praxis allerdings nicht. Es ist Tatsache, daß für das Eisenbahnpersonal Selterswasser und Limonade festgehalten wird, auch läßt sich über den Preis nichts sagen. Nur liegen die Dinge hier so, daß die vorhandenen Anlagen zur Herstellung von Selterswasser und Limonade völlig unzureichend sind. Anträge der Personalverwaltung werden schon seit Jahren abgelehnt mit der Begründung, daß Geld für den Bau größerer und guter Anlagen nicht vorhanden sei. Es gibt unzählige Dienststellen in Berlin allein, die in den Sommermonaten oft tagelang keinen Tropfen Selterswasser oder Limonade sehen, weil einfach nichts vorhanden ist. Besonders der Betriebsbetriebsrat der Reichsbahndirektion Berlin hat wiederholt beantragt, die Anlagen zu vergrößern, weil eben die hergestellten Mengen bei weitem nicht ausreichen, die Ansprüche des Personals zu erfüllen. Soweit das Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal in Frage kommt, hat die Erwidrerung der Reichsbahndirektion ihre Richtigkeit. Allerdings ist bisher nicht bekanntgeworden, daß auch für das Rangierpersonal jemals warme Getränke festgehalten worden sind. Das wäre naturgemäß bei der schweren Arbeit des Rangierpersonals ebenso wichtig, wie für das Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal.

Ein neuer Fall Hein. Der Mörder von Tapiau.

Rögnigsberg, 28. August.

Heute morgen wurde ein Oberlandjäger aus Güntfeld auf dem Wege nach Rögnigsberg erschossen aufgefunden.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Beamte ein neues Opfer des noch unbekanntem Mörders geworden ist, der am Sonntag auf dem Bohnhof in Tapiau einen Bahnbeamten erschoss und einen Arbeiter schwer verletzten und bereits vorher mehrere Ueberfälle ausführte. Die Polizei hat einen umfassenden Ermittlungsdienst eingerichtet und betreibt die Suche nach dem Täter mit allem Nachdruck.

Außer der Reichsbahn hat auch der Regierungspräsident für die Ergreifung des unbekanntem Raubmörders eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Die Königsberger Kriminal- und Schutzpolizei hat alle verfügbaren Kräfte eingesetzt, um des Täters habhaft zu werden. Man hält es für nicht unwahrscheinlich, daß dieser sich nach Rögnigsberg gewandt hat.

Die Kriminalpolizei gibt noch Einzelheiten über die Erschießung des Oberlandjägers Kuffrow bekannt. Man fand in der Nähe von Graußen in einem flachen Graben Ithako, Fahrrad und Notizbuch mit Bleistift. Im Notizbuch fand man folgenden Vermerk: „Bin vom Mörder abberge...“ Die letzten Buchstaben waren sehr zitterig und undeutlich geschrieben; es sollte aber doch „erschossen“ heißen. In einer Entfernung von zwei Metern fand man den Oberlandjäger, beide Arme nach vorn gebeugt, lang hingestreckt liegen.

Eine eingehende Besichtigung der Leiche ergab eine fingerbreite Einschußwunde oberhalb der rechten Brustwarze. Es scheint, als ob es sich um ein 7,65-Zentimeter-Geschöß handelt. (Der Tapiauer Mörder hat auch mit einem solchen Geschöß.) Der Tod muß ziemlich schnell eingetreten sein. Die Dienstwaffe und 300 R., die der Oberlandjäger am Abend vorher vom Amtsvorsteher in Güntfeld geholt hatte, hat der Täter mitgenommen. Jedenfalls ist der Beamte nicht dazu gekommen, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Er muß am Chauffeebaum niedergeschossen worden sein und wird dann nach Wiedererkennung der Befahrung, nachdem sich der Täter entfernt hatte, die Entragung im Notizbuch gemacht haben und nachher weitergetrieben sein bis an die Stelle, wo man ihn auffand.

Seine Uhr lag unter ihm, die Uhrkapsel am Grabenrand. Es wird angenommen, daß der Mörder bei der Blindierung der Leiche die Uhr abgerissen, aber später, da sie ihm als wertlos erschien, weggeworfen haben muß.

Arbbergbahn verschüttet.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, wurde gestern Abend die Arbbergstrecke zwischen Innsbruck und der Station Deatal in einer Länge von 200 Meter durch eine infolge eines Gewitters niedergehende Lamine verschüttet. Der Bahndamm wurde an einer Stelle derart unterwaschen, daß das Gleis 8 Meter hoch in der Luft schwebte. Die Behebung der Verkehrsstörung wird 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen.

Sprech-Chor für Protestierende Feiertenden. Donnerstag, den 30. August, Leistungsstunde im Geländesaal der Spandauer, Weimertstraße 16—17. Kinder kommen um 7 Uhr, Erwachsene um 8 Uhr abends.

Englisch und Französisch. Im September beginnen neue Nachmittags- und Abendkurse für Anfänger und Fortgeschrittene bei Gertrude Dek. B. 50, Spandauerstraße 16, Gartenhaus 2 Treppen rechts (Untergrundbahnhof Nürnbergplatz). Anmeldungen, auch schriftlich, bis zum 3. September, täglich von 11 bis 10 Uhr.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdruck verboten.) Unmäßige Verübung des Wetters, aber etwas kühler, nur noch vereinzelt leichte Regenschauer. — Für Deutschland: Ueberall langsame Wetterbesserung, im Norden noch frischweisse leichte Regenschauer.



Wie gesagt, gnädige Frau,
ich bin erstaunt, daß Sil, Henkels Bleichmittel, selbst die hartnäckigsten Flecken so rasch entfernt. Ich freue mich, dieses ausgezeichnete Bleichmittel, das die Wäsche gar nicht angreift, kennengelernt zu haben. Es stimmt:

Sil zum Bleichen ohne Gleichen!

Theater, Lichtspiele usw.

Großes Schauspielhaus
Die große Operette
CASANOVA
Uraufführung Sonnabend 1. Sept. 7 1/2 Uhr

mit **MICHAEL BOHNEN**
Regie: **ERIK CHARELL**
Buch von Schanzer u. Welisch
Gesamtinszenierung: Prof. Ernst Stern
Tänze: T.W. Jackson
Musik von Johann Strauß
Musikal. Bearbeitung: Ralph Benatzky
Musikal. Leitung: Ernst Nauke
Emmy Sturm, Anni Fried, Anny Ahlers, Trude Lieske, Margarete Kupfer, Julia Serda, Siegfried Arno, Wilhelm Beadow, Paul Morgan, Fritz Blankenhorn, Harm. Picha, Kari Goppert, La Jana, Marianne Winkelstein, The Comedian Harmonists, Sunshinegirls, Jacksonboys.
10 bis 6 Uhr ununterbrochen geöffnet
Alle Lieder in Originalbesetzung sind nur auf Electrola-Musikplatten erschienen

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**

Gewinnauszug
5. Klasse 31. Preussisch-Sächsischen Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

18. Ziehungstag 28. August 1928
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

14 Gewinne zu 3000 M. 57933 80605 121807 146541 158964 163713 273977
10 Gewinne zu 2000 M. 7313 18555 216281 343636 361527
32 Gewinne zu 1000 M. 55596 68388 68784 83020 90862 93967 101055 229212 265770 269446 268830 296322 302182 305626 329033 336727
75 Gewinne zu 500 M. 11473 13301 22544 31118 35993 36323 36566 44300 45152 59493 72275 74419 75283 75350 82338 87105 107290 110893 155800 170586 192194 215298 226815 229020 248495 273287 277811 278383 283576 292732 295587 295906 299249 299873 305184 320305 327763 351200 374486
176 Gewinne zu 300 M. 4031 4077 6122 8309 14466 16416 16779 26855 37080 40575 44698 48326 50194 54281 57543 88899 59427 65133 78659 82865 87766 93674 94412 97200 108559 109381 119685 120247 128285 134107 137542 137938 140187 145083 162772 165116 176236 176133 177363 177902 182690 187137 194437 198219 200615 203007 208291 226892 228555 228807 229818 231109 231280 241917 242725 247207 248098 254023 264188 268919 272492 277802 286996 290919 298104 302000 309705 312747 322880 330963 333265 336104 336228 336483 340394 342571 343814 348246 353556 355370 356411 366834 356846 356844 367621 371744 371954 372433

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 324716
2 Gewinne zu 5000 M. 255113
4 Gewinne zu 3000 M. 309680 328352
4 Gewinne zu 2000 M. 575 359213
24 Gewinne zu 1000 M. 507 82689 88338 100990 105234 118868 132973 137785 172772 192375 288437 319090
63 Gewinne zu 500 M. 30432 34468 48074 55787 60354 67046 75739 77888 79972 82931 84237 100899 101634 109428 121150 134856 143243 145801 153471 169347 175475 182485 185275 186795 200918 209785 215477 225011 228489 239104 249601 255884 260672 257950 258943 272364 318889 330120 342465 343326 354124 360622 369269 373442
186 Gewinne zu 300 M. 6854 12270 12390 18006 29758 29882 30092 41489 41837 47136 48528 53178 58254 68179 68356 84138 86353 87090 96026 96833 102946 104357 104574 108147 107184 110900 120113 121930 124535 130448 145896 147077 152131 153750 157397 160295 161479 165148 166995 170669 171518 188710 189332 189637 192447 197156 220500 221802 224566 228525 228923 231535 234341 236303 238887 240190 244377 246390 247361 249171 250388 252302 254184 258896 271358 271858 272501 273604 276488 276808 278558 298821 291822 297341 298121 303264 304059 306147 311256 311849 313890 316917 317825 320820 322845 323502 328539 334008 338380 342076 343392 362974 367582

Im Gewinnrade verblieben: 2 Premien zu 500000, 2 Gew. zu 300000, 2 zu 100000, 2 zu 75000, 4 zu 50000, 6 zu 25000, 28 zu 10000, 54 zu 5000, 162 zu 3000, 262 zu 2000, 632 zu 1000, 1742 zu 500, 4576 zu 300 Mark.

Mittwoch, d. 29. 8.
Staats-Oper
in der Linden
19 1/2—23 Uhr
Boris Godunoff

Mittwoch, d. 29. 8.
Städtische Oper
Bismarckstr.
Geschlossener Vorhölz.
19 1/2—22 1/2 Uhr
Die lust. Weiber von Windsor

Staats-Oper
Am P.L. Republ.
Vorstellung der Volksbühne
20—22 1/2 Uhr
Luisa Miller

Staatl. Schauspiel.
Am Sandermarkt
Wiederbeginn der Vorstellungen
Sonnabend 1. September

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.
Wiederbeginn d. Vorstellung.
Sonnabend, 1. September

SCALA
8 Uhr Nollendorf 7360
Das sensationelle Eröffnungs-Programm!

Komische Oper 8 1/2 Uhr
JAMES KLEIN'S
gewaltiges neues Revue-Stück
Zieh' dich aus!
100 Mitwirkende
Vorverk. ab 16 Uhr eröffn.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Der neue Eröffnungs-Schlager
Rundfunkfieber
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1—4 Pers.
Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel.: Mpl. 1607.
Heute 8 Uhr
Elite-Sänger
U.a.: „Lohengrin in Naukölln“
Ein Volltreffer größter Güterkraft!
Preis Mark 0.50 bis 2.— Mark
Sonntag, d. 2. Sept.: 1. Nachmittags-
Vorstellung zu ermäßigten Preisen

Rennen zu Grunewald
Mittwoch, den 29. August
nachmittags 3 Uhr

Reichshallen-Theater
Abends 8 U. Sonnt. nachm. 3 U.
Steffner Sänger
Nachmittags halbe Preise
Volles Programm
Dönhoff-Brett 1:
Crocker dressiert. Bäcker!

Deutsches Theater
Norden 12 310
(U. Ende nach 10 1/2)
Zum 52. Male:
Artisten
mit Max Reinhardt

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
9 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Zum 108. Male:
Es liegt in der Luft
Revue von Schiffer.
Musik v. Spoliansky

Kammerspiele
Norden 12 310
Freitag, d. 31. August
7 1/2 Uhr. Zum 1. Male
Oktobertag

Berliner Theater
Zurichstr. 95/91, Opern. 110
9 1/2 U. Ende nach 10 1/2
Zum 129. Male:
Letzte 3 Aufführungen
italien. u. deutschen (h.)
Der Prozeß Mary Dufan

HALLER-REVUE
„Schön und schön“
Th. im Admiralspalast
Täglich
8 1/2 Uhr.

Jahrburg-Söhnen
Jahrburgstr. 11
8 1/2 Uhr
Es kommt jeder dran!
Revue von Fr. Holländer
Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr
„Der Zarowitz“



MARGARINE
VERA
Dienst am Haushalt

Die neue Marke der Vereinigten Rama-Werke

1 lb NUR 85 Pf.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Lilli Fibbr, Paul Heldemann
in: **Das süße Geheimnis**
Schwankoperette.
Else Berna, Langendorf.

Leinwand-Elfen
F. Königgrätz, St. 8 1/2 Uhr
Leinwand aus Irland
Schlesinger Effendi: Curt Bots.

Komödienhaus
Wiedereröffnung
Donnerst. 30. Aug. 10 1/2 Uhr:
Mein Vater hat Recht gehabt

Residenz-Theater
Blumenstr. 8
Täglich 8 1/2 Uhr
Skandal im Bett!
Sittenschwank in 3 Akten.
In der Hauptrolle
Anneliese Wirtz u. L.
Jugendliche haben
keinen Zutritt!
Parkett auch Sonnt.
statt 4.— Mk.
nur 1.— Mk.

Rose-Theater
Gr. Frankfurter St. 131
8 15 Uhr:
Jugendfreunde
Gartenhäuser: 1. u. 2. U.
Konzert u. Revue Teil
8 15 Uhr:
Die Schöne vom Strande

Planetarium am Zoo
Friedrichsplatz
No. 1578
16 Uhr
Der Sternhimmel im Sommer
18 Uhr
Erde und Weltraum
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
(Volksglaube und Wissenschaft)

Winter Garten
Varieté und Revue-Sensationen
8 Uhr
Rauchen gestattet

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Reise durch Berlin in 40 Stunden.

Blumenspenden
jeder Art
hierbei dreimalig
Paul Gollats
norm. über 100
Mariannenstraße 3,
Ede. Rosenstraße
Smt. Westpl. 10 50 St.

8 1/2 Theater am Nollendorfplatz
Die ungeküßte Eva
Operette in 3 Akten.
Musik von M. Knopi
Preis:
1, 2, 3, 4 Mk. usw.

Berliner Prater
Kastanienallee 7/9,
Täglich 8 1/2 Uhr
Försterchristel.
Ausstattungsoperette.
Konzert, Variété,
Tanz, Kaffeekeuchen,
Beg. 5, Stigs. 4 Uhr.

Eine wichtige Neuerscheinung!
Dr. Th. TICHAUER
WAHRE DEIN RECHT!
Juristischer Wegweiser für Jedermann
Aus dem Inhalt: Gesetzes- und Vertragsrecht, Rechtsstreit und Zwangsvollstreckung.
Gauzeleien 3 Mark
Zu haben in jeder Volksbuchhandlung oder bei dem Verlag
J. H. W. DIETZ Nachflg. G. m. b. H.,
BERLIN SW 68, Lindenstraße 3



Die Technische Stadt
Jahresschau Dresden
Mai - Oktober

ALKAZAR
Die schönste Vergnügungstätte der Welt
Eröffnung am 1. September
Behrenstr. 53-54.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Pillate Berlin.
Freitag, den 31. August, 18 Uhr.
im Saal d. des Gewerkschaftshauses, Cappelstr. 24/25
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstage in Köln.
2. Wahlen
a) Wahl des 1. und 2. Vervollmächtigten.
b) Erziehung für die Ortsverwaltung.
c) Erziehung eines Referats für die Filialfrage.
d) Auswahl der Referenten für die Verbandshauptversammlung.
e) Wahl der Mitglieder für den Verbandsbeirat.
f) Beibehaltung eines Referats.
3. Verbandsangelegenheiten.
Die Mitglieder der Generalsekretariat werden ersucht, pünktlich und pünktlich zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch und Delegationsausweis kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Hochzeit auf Java.

Von Max Dautshenden.

Max Dautshenden, der gelegentlich einer Westreise im Jahre 1914 vom Ausbruch des Krieges überrascht und auf Java festgehalten wurde, starb dort vor zehn Jahren am 29. August 1918 an Heimweh. Die furchtbaren Seelenqualen, die er in diesen Jahren durchzumachen hatte, schildert das aus seinen Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen zusammengestellte Buch „Lehne Reize“. Mit Erlaubnis des Verlags Albert Langen, München, entnehmen wir diesem Buch den folgenden Abschnitt.

Tasari (Java), 24. April 1917.

Ich werde es nie vergessen, wie wir am 23. Juni 1914 abends in Priol im Kahn mit den Koffern vom Kai zum Dampfer „Manila“ im Dunkeln gegen neun Uhr abends fuhren und ich auf den schönen Sternenhimmel deutete. Herr Sch. erzählte mir da vom großen Halleyschen Kometen, der 1911 über dem ganzen Java-Nachthimmel glänzend und feurig zu sehen gewesen sein soll. Ich habe gesagt: „Man behauptet, ein Komet bringt Krieg.“ Und ich fügte hinzu: „Es ist leicht möglich, daß sich aus dem vulgarisch-türkischen Balkankrieg der Europäische Krieg entwickelt. Es ist das eine günstige Gelegenheit für die Diplomaten, wenn sie einen Krieg wollen, jetzt einen entstehen zu lassen.“ — „Aber, Herr Dautshenden,“ sagte der junge selbstbewußte Herr Sch., „gibt es in unseren Zeiten einen Krieg. Wenn auch die Diplomaten wollen, die Völker wollen nicht mehr. Wie können wir, die wir so gut mit allen Engländern hier draußen stehen, Krieg anfangen wollen? Das würde kein Engländer tun.“ — „Ich glaube es doch,“ sagte ich, „daß ein Krieg nah ist.“ Ich sagte es bestimmt. „Niemand, Herr Dautshenden,“ lächelte der junge Kaufmann überlegen, als ob ich, als Dichter, so etwas gar nicht prophezeien könnte. Als ob Künstler nicht so viel von Politik verstanden wie Kaufleute, gerade so überlegen lächelte er mich an.

Rum ist's Krieg geworden. Rum liegen die deutschen Schiffe interniert in Soerabaja und Priol und in Molukken. Rum bin ich drei Jahre aufgehalten vom Krieg. Rum einer dreimonatigen Lourenzenfahrt wurde eine dreijährige Java-Gefangenschaft. Herr Sch. ist wohlbehalten geworden. Ich habe ihn kaum wiedererkannt, so maffio ist kein Gesicht, als wenn ihn der Krieg reicher und nicht ärmer gemacht hätte. Und ich, damals wohlbehalten, bin abgefallen und malarialkrank und fühle mich arm und einsam geworden bei dem großen Sterben in Europa, das ich von hier aus behorchen muß, Tag und Nacht, atemlos und unzufrieden.

Montag morgen, den 4. Juni, erlaskte ich mich beim Briefschreiben auf der Veranda. Ich schrieb an Annie. Legte die Feder fort und fühlte mich noch im Schlafanzug eiskalt. Meine Fingerschleifen vor Kälte ein, ebenso meine Fußgelenke. So stach mich das Blut meiner Haut. So stand ich auf, weil ich im Bett immer kälter wurde, und ging hinaus auf die Ostoeranda, vor meine Tür auf einen Sitz. Diese Veranda ist nicht verglast wie meine Westveranda. Über hier, auf der offenen Ostoeranda scheint die Frühsonne angenehm warm. Die Dienstmädchen die Javanen, sonnen hier alle Kleider, wuschen Stiefel, spülen Geschirr, Babus spielen im Garten mit den europäischen Kindern, und es ist viel Lärm da. Alle staunten, alle Javanen, wie ich in der Sonne auf meinem Stuhl vom Frost geschüttelt wurde und mit den Zähnen klapperte. Ich wurde ganz herumgerissen von dem gewaltigsten Fieberfrost, den ich je hatte. Eine Amerikanerin, die vorbekam, sah mich ansehnd und lief voll Schrecken davon. Ich legte mich wieder zu Bett, in alle Wolle gekleidet, mit allen Mänteln und vier wollenen Decken bedeckt, und es dauerte zwei Stunden, bis der Frost nachließ. Dabei hörte ich draußen meine Nachbarn — da mein Fenster offen stand, verstand ich jedes Wort —, sie geierete und jammerte zu anderen englisch sprechenden Damen, sie wollte nicht neben einem Sterbenden wohnen. Ich wollte ein anderes Zimmer haben. Sie verwünschte mich. Ich sei ein enemy (Feind).

Ich wurde eben durch Gamelangmusik vom Schreiben vor die Tür gelockt. Auf der mittleren der drei Gartenterrassen, wo Tennisplatz und Equitungsplatz liegen, kam von dem Villenweg bergab herein ein langer japanischer Hochzeitszug. Ein langes Gedränge von weißen Jacken, braunen Köpfen, blauen, roten und grünen Sarongs. Ueber der Menge schwebten große Federsträuße an langen Bambusstangen. Ueber die Sträuße waren nur dünne Kutten, umwickelt mit Streifen gestraunten Seidenpapiers in gelben und rosa und hellgrünen Farben. Die Kutten stakten alle in einer Riesenorange, die an der Spitze der Bambusstange saß! Auch die grünen Stangen waren mit grün und lila Seidenpapierstreifen umwickelt. Das ganze war ein äußerst einfacher, billiger Schmuck, aber von weitem sahen diese strahlenden Riesenbüschel in der Luft kostbar und blendend aus.

Wir standen am Geländer unter der Borgalerie des Eszales und ließen uns von einigen neben uns stehenden japanischen Hotelbedienten erzählen, daß die Braut, die einzige, in der Sänfte, die ganz allein dort saß, wie ein Püppchen mit schmalen Gliedern und großem vorgebeugtem Kopf, nur sieben Jahre alt war. Der Bräutigam, der mitten im Zuge der Hunderte von Javanen hinter der Sänfte ritt, war zwanzig Jahre alt. Er war aber klein und sah einem angeklebten Keßchen ähnlich, das man mit Muffel in einem Zirkusumzug spazieren führt. Er hatte eine schwarze Tuchjacke, mit Goldborten verziert, an. Um die Beine einen braunen Sarong und an den Füßen Sandalen. Quer über der schwarzen Jacke, von der Schulter zur Hüfte, glänzte eine smaragdgrüne Schleifschärpe. Er trug eine Schirmmütze, eine schwarze, wie sie hohe Beamte tragen, mit Goldrand; und eine große, schwarze Brille im schwarzbraunen Gesicht machte ihn lächerlich würdevoll. Auch er sah vorgebeugt auf dem Pferd. Trotzdem alle Javanen gute Reiter sind, sah er wie ein Püppchen, unbeweglich und entückt auf dem Pferd, als wäre es nicht wirklich, als würden nur seine Kleider vom Pferd auf einem kleinen dünnen Kleiderstod spazieren getragen. Die Gongs, die Trommeln, die Schallbecken aus Bronze und die eine Menschenstimme nachahmende, in Hiltellönen kreischende Flöte. Die sich anhörte wie ein Dudelsack, umgaben das Brautpaar mit fast-naheismläufiger. Die Flöte ging so laut und ewig näselnd und singend in die Lüfte, als ginge ein unsichtbarer menschlicher Dämon von riesiger Höhe mitten unter den Beuten, hoch in den Himmel ragend und das Menschengeschick, das armellose, nachhelfend. Die Flöte zog wie ein Irrsinniger die Menschen, Kasten gleich, hinter sich her. Vor dem Equitungsplatz, am Fuß der breiten sechsstufigen Freitreppe, auf der die Hotelgäste, Herren und Damen, in weißen Kleidern aus dem Saal drängten und zuschauten, blieben die Hunderte von bunten Javanen Kopf an Kopf stehen, und japanische Kinder tummelten sich und legten sich unter die großen Torrensdüme, und

Die Stimme des Totenkopfs.

Von Billy Ley.

Keine Furcht! Es ist weder eine Gespenstergeschichte noch eine Besprechung des neuesten Sensationsfilms, sondern lediglich ein kleiner Beitrag zu einer großen papierfressenden wissenschaftlichen Streitfrage. Der Totenkopf, der hier gemeint ist, ist nämlich der bekannte große Schmetterling, der in der Fachwissenschaft Acheronta atropos heißt.

Also ein Problem aus dem Insektenreich, wo wir so so vieles verwunderliche kennen. Es gibt einen Schwammkäfer, der geflügelte Augen hat, mit der oberen Hälfte sieht er in die Luft, mit der anderen unter Wasser; es gibt Ameisen, die Blätter zusammenspinnen und dabei ihre Larven als Weberknechte und Spinnweben benutzen; es gibt Schmetterlinge, die wie Blätter aussehen und andere, die gar keine Flügel haben; es gibt Käfer, die mit rauchender Salpetersäure spritzen, und es gibt auch sogar einen Sandläufer in Mexiko, aus dem man Schnaps brauen kann — über teils dieser interessanten Dinge ist aber so viel zusammengeschrieben worden wie über den Ton, den der Totenkopfschwärmer von sich gibt.

Ein Professor Prell, der sich der Sache 1920 einmal ausführlich annahm, verzeichnete rund 80 (achtzig!) Fachschriften darüber, lieferte selbst die einundachtzigste, und seitdem wird wohl eine runde Hundert voll geworden sein. Das Sonderbare am Schrei des Totenkopfes, den man einige Meter weit hören kann, ist nämlich die von allen anderen Insekten abweichende Art, wie er hervorgebracht wird. Die anderen Insektenstimmorgane sind, wenn man so sagen kann, durchweg Streichinstrumente, jedermann kennt das Zirpen der Grillen und anderer Kerfe. Was es an anderen Lauten im Insektenreich gibt, ist gar völlig mechanischen und außerkörperlichen Ursprungs, der Holzläufer klopft im zernagten Holz und läßt die Anwohner vor der „Totenruhr“ erschrecken, einige Spinnen trommeln auf dünnen Blättern den Robben herbei, der dann nach der Begattung vom Weibchen aufgetreten wird.

Der Totenkopf aber schreit, wenn man ihn beunruhigt.

Zuerst suchte man die Quelle dieses Schreies auch irgendwo am Hinterleib, dachte an Reibung von dünnen Chitintellen aneinander (so, wie die anderen Insekten ihre Zirplaute erzeugen), andere

suchten verzweifelt an der Brust nach den Lautorganen, natürlich ohne Erfolg, denn das Organ sitzt am Kopf. Ein Forscher, der einem schreienden Schmetterling schnell den Kopf abschneidete, hörte, daß auch der toten Kopf noch weiter schrie, womit die Annahme, daß die Töne dort ihren Ursprung nähmen, bewiesen war.

Und als man dann dem Kopf des Totenkopfes mit Seziermesser und Mikroskop näher auf den Leib rückte (man verzeihe das anatomische Durcheinander), löste sich die ganze Angelegenheit wie immer recht einfach, man war nur vor lauter Einfachheit nicht früher darauf gekommen.

Im Kopf des Totenkopfes liegt nämlich, wie die Fachleute versichern, ein Teil des Vorderdarms, den man den Schlundkopf nennt. Es ist noch ein wahres Glück, daß zum Schlundkopf wenigstens Pharynx gesagt wird, sonst fände man sich sicher vor lauter Köpfen nicht heraus. Der Schlundkopf nun kann durch kräftige Muskeln verengt und erweitert werden, je nachdem, ob die flüssige Nahrung aus der Blüte eingesaugt oder in das Körperinnere weiter befördert werden soll. Steckt nun der Rüssel nicht in einer Flüssigkeit, so wird eben Luft eingesaugt oder ausgestoßen, die aber nicht zur Atmung dient, denn die Atmungsorgane der Schmetterlinge liegen am Hinterleib. Beim Einatmen und Ausatmen der Luft in den Schlundkopf streicht die Luft nun an einem kleinen Anhang der Oberlippe entlang, den man bei allen Insekten findet und der Epipharynx heißt.

Und nun kommt es. Dieser Anhang ist beim Totenkopf ganz besonders kräftig entwickelt, er ist also groß genug, um in Schwingungen zu geraten und somit Töne auszusenden. Der Rüssel ist lediglich Schallverstärker, was alle diejenigen ungern lesen, die in ihm selbst die Trompete gesucht hätten. Das Geheimnis liegt also nur im etwas größeren Epipharynx.

Das eigentlich Besondere habe ich aber noch verschwiegen. Seht man statt Schlundkopf Luftrohre und statt Epipharynx Gaumenleget, so kann man sagen, daß recht viele Menschen die Stimme des Totenkopfes hervorbringen. Nur heißt man das — Schnarchen!

Über es übrigens etwa 80 Abhandlungen gibt.

einige Javanen begannen zu tanzen: die Musik wipfelte, sang, braunte, näselte, läuete mit Glocken und pöchte mit Holzern, schlug vereinzelte Trommelläute an; es war wie eine Musik riesiger Insekten, die, durcheinanderschwirrend, flügellose und schwirrende Luftwellen erregten. Es war heller Mittag, ein Uhr. Die großen Papierbüschel leuchteten wie gelbe strahlende Sonne, die man an Stöcken spazieren trägt. In einer Ecke der Gartenterrasse knatterte Feuerwerk: Schwärmer und Feuerstöße. Alle Farben im Zug, auch die Fahnen, waren rosa, grün, gold und purpur. (Man sah kein Blau.) Die Gesichter der Kinder waren weiß geschminkt. Die Lippen und Augenränder rot bemalt. Ebenso die Braut.

Wenn man bedenkt, wie prächtig frühlich, farbig und doch so edel einfach ein solcher bunter Hochzeitszug hier oben im armen Gebirgsdorf sechshundert Meter hoch im Himmel ausgerüstet wird, so erstaunt man über den großzügigen, zarten Geschmack der Javanen, der alles Grobe, Robe vermeidet und alles zu einem Feenfest an Farben, Tönen und Freudigkeit macht, wenn auch die Menschen, die das Fest veranstalten, ärmste Bergbewohner in weitestgelegenen Berghöhen sind. Die Grazie des Festes, der Schmutz und die gewöhnliche Art der Ausschmückung, die hochkünstlerisch ist, könnte sich auf jedem europäischen Maskenfest, auf jedem Künstlerball in München und Berlin, Paris und London sehen lassen. Die Insel Java kommt mir immer vor wie die Insel, wie das Königreich der Grazien. Jede Bewegung des ärmsten Bauern ist grazios, ist voll edeln Anstandes, ist göttlich zierlich, künstlerisch und dem Europäer unachahmbar. Weil dem Europäer diese wunderbar zarten Gelenke, diese dünnen, überschlanken, zarten Glieder: am schmalen Leib fehlen, wie sie von allen Menschen der Erde nur die Javanen von der Natur mitbekommen haben.

Hier wird täglich besprochen, wann der Krieg enden könnte. Es ist ungewiß, einige behaupten 1918 oder 1919. Ich erbebe bei dem Gedanken, als würde in meiner Brust in der Tiefe ein Winengang gesprengt, der meine Hoffnung verpflückt und begräbt. Wie soll ich das noch zwei Jahre aushalten?! Es ist nicht auszudenken.

Der Plattfuß — eine Volkskrankheit.

Die Plattfußkrankheit ist lange Zeit nur vom rein ärztlich-chirurgischen Standpunkt aus betrachtet worden, aber in neuester Zeit tritt die soziale Fragestellung immer mehr in den Vordergrund, da man erkannt hat, daß es sich hier um eine überaus verbreitete Erscheinung handelt. Ein hervorragender Kenner konnte das Wort prägen, „daß es kaum eine Krankheit gibt, die sozial so viele Leidenschaff, wie der Plattfuß“, und der bekannte Orthopäde Dr. Gustav Mustat fordert jetzt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ auf, alles daranzusetzen, um diese „Volkskrankheit“ zu bekämpfen und zu verhüten. Das eigentliche des Plattfußes ist es ja, daß alle Länder, Rassen und Völker, alle Berufsstände, Altersklassen und Geschlechter davon betroffen werden, ohne daß sich außer der prozentualen Beteiligung erhebliche Unterschiede nachweisen lassen. Es gibt einzelne Berufsleute, wie z. B. die der Kellner, der Bäcker, auch der Zahnärzte, die besonders daran leiden, aber man findet auch eine große Zahl von Plattfüßern gerade bei Bergbewohnern, die schon von früher Zeit an schwere Lasten schleppen und in klodigen Stiefeln gehen. Ein großer Prozentsatz der Plattfußleidenden wird eine Zeilang arbeitsunfähig, so daß dadurch der Allgemeinheit große Werte verloren gehen.

Während früher die Männer annähernd doppelt so viel Erkrankungen an Plattfuß aufwiesen als die Frauen, ist heute der Plattfuß mehr und mehr geradezu zu einem „Frauenleiden“ geworden. Während sich früher die Zahl der männlichen zu den weiblichen Kranken wie 9 zu 5 verhielt, ist jetzt das Verhältnis wie 3 zu 5. Dies läßt sich leicht daraus erklären, daß die Frauen heute viel mehr als früher im Berufsleben tätig sind, daß sie auch im Haushalt größere Lasten zu tragen haben. Der Plattfuß wird direkt als Berufs- und Hausfrau- und Hausangestellterkrankheit bezeichnet, d. h. die meisten Frauen müssen infolge ihrer häuslichen Arbeit erkrankt sein. Berücksichtigt man die erschreckend hohen Zahlen bei

den Schuluntersuchungen, bei denen weit über 50 Proz. aller Kinder Plattfüße oder die Anlage dazu besitzen, so muß man um die fortschreitende Schädigung der Volksgesundheit dadurch sehr besorgt sein.

Auch in Ländern mit besseren wirtschaftlichen Bedingungen, wie in den Vereinigten Staaten, hat man auf diese Entwicklung sein Augenmerk gerichtet und eigene Anstalten und Schulen für „Fußheilkunst“ gegründet, an denen hervorragende Universitätslehrer unterrichten und durch die man das Interesse der weitesten Kreise für eine rechtzeitige Verhütung gewinnen will. Alle Untersucher stimmen darin überein, daß der Plattfuß in mehr als 90 aller Fälle erworben wird und bei rechtzeitiger Erkenntnis allen Schäden vorgebeugt werden kann. Nach den Schuluntersuchungen ergibt sich eine Zunahme des Plattfußes mit steigender Klasse und steigendem Alter; die größte Häufigkeit dürfte neben dem Kindesalter im zweiten und dritten Jahrzehnt liegen. Plattfußkranke können nach diesem Alter ihren alten Beruf nicht mehr ausüben und nur leichtere Arbeit verrichten. Man muß daher bereits im Kindesalter, in der Schule, beim Sport, beim Turnen, bei der Berufswahl und im Erwerbsleben alle Schädigungen ausschalten. Die ärztliche Kunst vermag die entstehende Krankheit einzuschränken und schwere Veränderungen durch Operation so zu beeinflussen, daß die Geschäftigkeit und damit die Lebensfreude wieder hergestellt wird.

Aus der Urzeit der Mongolei.

Riesensossilien und Funde aus dem Steinzeitalter.

Ueber die Ergebnisse der neuesten amerikanischen Expedition nach der Mongolei berichtet ihr Leiter Dr. Roy Chapman Andrews aus Peking, wo er mit 60 Fossilisten und vielen anderen Fundstätten eingetroffen ist. Er ist darüber enttäuscht, daß es ihm nicht geglückt ist, die Spuren des Urmenschen in dieser Wüste zu finden, die er für die „Wiege der Menschheit“ hält; er hat aber eine bedeutende und langwährende Besiedlung der Mongolei im Steinzeitalter entdeckt. Die menschlichen Ueberreste stammen aus der Übergangszeit von dem älteren zum späteren Steinzeitalter, und sie waren so zahlreich, daß man annehmen kann, daß das ganze Gebiet von der chinesischen Grenze bis Sibirien damals besiedelt war. Tausende von Steinwerkzeugen wurden gefunden und zahlreiche Wohnungen und Feuerplätze zusammen mit Knochen von Vögeln, wilden Tieren und Fischen, die die Art der damaligen Nahrung anzeigen. Die Frauen schmückten sich mit Halsketten aus Fuchszähnen, durchbohrten Muscheln und Stücken von riesigen Straußeneiern. Jedenfalls lebte damals eine viel größere Bevölkerung in der Mongolei als heutzutage, und nirgends wo anders in der Welt sind Ueberreste dieser Steinzeitkultur in so großem Umfange gefunden worden. Die Wohnungen befanden sich stets in der Nähe von Sanddünen, an den Ufern von längst ausgetrockneten Seen, und waren aus Häuten hergestellt, die mit Zweigen von heute nicht mehr vorhandenen Bäumen gestützt wurden. Diese Lager müssen Tausende von Jahren gestanden haben. Es gibt keinen Feuerstein in der Gegend; die Messer, Bohrer, Speerspitzen und anderen Werkzeuge sind aus sehr hartem vulkanischen Gestein verfertigt.

Noch interessanter als diese Funde sind die der Fossilien aus fernem Urzeiten. Der wichtigste diesjährige Fund sind zwei Schädel und das Skelet eines Tieres, das augenscheinlich mit dem Belugitherium verwandt war; seine Höhe wird auf 25 Fuß geschätzt; die Länge des Schulterbeins ist 4 Fuß und es hatte ungeheure Halswirbel. Das Ungeheuer muß etwa zur selben Zeit wie das in Belugitherium gefundene Riesentier gelebt haben, also vor 2 bis 3 Millionen Jahren. Das Vordringen der Expedition nach Westen wurde durch ein so trockenes Gebiet gehemmt, daß man den Weitermarsch aufgab und sich nach Osten wandte; hier fand man in der Gegend nördlich von Kalgan Ueberreste verschiederer neuer Dinosaurier-Arten, die als Iguanodon bezeichnet werden; die zerbrochenen Eier dieser Dinosaurier waren größer und nicht so lang wie die früher gefundenen; ihr Alter mag 6 bis 8 Millionen Jahre betragen. Hier wurde auch ein ungeheurer Mammuthschädel entdeckt, wie er bisher nur in Amerika gefunden worden ist, aber wahrscheinlich von einer anderen Art; der Schädel ist wenigstens 6 Fuß lang. Die Expedition legte etwa 8000 Kilometer zurück, nahm große Gebiete kartographisch auf und hatte sehr unter Sandstürmen zu leiden.

Spruch des Reichsbahngerichts.

Keine überzeugende Begründung der Tarifierhöhung.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat das Reichsbahngericht in Leipzig in dem Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Reichsbahn und der Reichsregierung zugunsten der Tarifierhöhungswünsche der Reichsbahn entschieden. In dem Wortlaut der Entscheidung heißt es:

„Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt, zu einem von dem Reichsverkehrsminister zu bestimmenden möglichst nahen Zeitpunkt eine Tarifierhöhung für den Güterverkehr und den Personenverkehr in einem Verhältnis von etwa 4:1 zueinander und in einem Ausmaß vorzunehmen, das sie eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark jährlich erzielen kann.“

Im „Vorwärts“ wurde noch kurz vor der Entscheidung des Reichsbahngerichts darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn bei der Einreichung ihrer Tarifdenkschrift an die Reichsregierung für das laufende Jahr mit sinkenden Verkehrseinnahmen gerechnet hatte, daß aber die Tatsachen ihren Kritiker Recht gegeben haben. Während die Reichsbahn ihre Betriebseinnahmen für 1928 mit 5,06 gegen 5,04 Milliarden im Vorjahr angesetzt, also nur 20 Millionen Mehreinnahmen in Rechnung gestellt habe, hat das erste Halbjahr 1928 mit 2,45 gegen 2,34 Milliarden bereits eine Mehreinnahme von über 100 Millionen gebracht. An dieser Tatsache der erhöhten Betriebseinnahme in den ersten sieben Monaten 1928 kann auch das Reichsbahngericht nicht vorübergehen und es stellt fest, daß nach gemeinsamer Auffassung zwischen Reichsregierung und Reichsbahn für 1928 eine

Gemeinnahme von 5,11 gegen 5,03 Milliarden

im Vorjahr zu erwarten sei. Dieses plötzliche Bekenntnis der Reichsbahnverwaltung zu Mehreinnahmen im Betriebsjahr 1928 ist erstauulich, denn vor Tische las man es anders und hörte nur von sinkenden Einnahmen.

Da eine Beweisführung von der Einnahmeseite her nicht mehr gut möglich war, mühten die Ausgaben herhalten. Auch hier hatten wir kürzlich darauf hingewiesen, daß dem Betriebsüberschuh der Reichsbahn von rund 377 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1928 Kapitallasten für Reparaturen, gesetzliche Reserve und Vorsorgelasten Dividende in Höhe von 416,5 Mill. Mark gegenübersteht. Sie würden also den Betriebsüberschuh um 40 Mill. Mark übersteigen. Aber abgesehen davon, daß bei den steigenden Einnahmen im zweiten Halbjahr das Defizit unschwer ausgeglichen werden kann, würde die Reichsbahn bei Anwendung vernünftiger Bilanzierungsmethoden ohne weiteres um ein Defizit herumkommen. Hat doch die Reichsbahnverwaltung in den letzten Jahren sich hohe Sonderreserven aus Rückstellungen geschaffen, anstatt diese Beträge dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen. Würde sie diese Sonderreserven auflösen und in der gesetzlichen Reserve aufgehen lassen, so bräuheten an diesen Fonds überhaupt keine Zuweisungen mehr zu erfolgen.

Das Reichsbahngericht ist auf diese in der Öffentlichkeit seit Jahren kritisierte Bilanzmethoden nicht eingegangen. Es hat, wie es in der Begründung heißt, mit Unterstützung der Professoren Schmalenbach-Köln und Geiler-Mannheim eine Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1927

frei von kameralistischen Einwirkungen

aufgestellt und kommt darin zu einem Bruttoüberschuh von 1269,7 Millionen. Dieser Betriebsrohgewinn ist also um rund 220 Mill. Mark höher als der in der Reichsbahnbilanz für 1927 ausgewiesene Ueberschuh. Wie dieser Bruttoüberschuh errechnet worden ist, darüber gibt der vom Reichsverkehrsministerium veröffentlichte Auszug aus der Urteilsbegründung des Reichsbahngerichts leider keinen Aufschluß. Immerhin besitzen wir in der veröffentlichten Zahl einen Anhalt für den Wert, den man den veröffentlichten Abschlußhelfern der Reichsbahn beimessen hat. Da die Gesamteinnahmen der Reichsbahn für 1927 rund 5207 Millionen Mark betragen, muß das Reichsbahngericht mit laufenden Ausgaben bei der Reichsbahngesellschaft in Höhe von 3937,3 Millionen Mark gerechnet haben. Darin sind der Zinsendienst mit zusammen 555,9 Millionen Mark enthalten. Die sonstigen laufenden Ausgaben machen demnach rund 3381,4 Millionen Mark aus. Die Reichsbahngesellschaft hat jedoch ihre Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der Reichseisenbahnanlagen in ihrer Bilanz mit 3437,9 Millionen Mark ausgewiesen. Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung, die „frei von kameralistischen Einwirkungen“ aufgestellt sind, zeigen also gegenüber den von der Reichseisenbahngesellschaft schon früher veröffentlichten Zahlen wesentliche Unterschiede. Die Zahlen der beiden Bilanzen sind völlig unvergleichbar. Wie sich diese Abweichungen erklären, wird man erst sehen, wenn die „von kameralistischen Einwirkungen freie“ Gewinn- und Verlustrechnung ungekürzt vorliegt. Für die Reichseisenbahngesellschaft wird sich wohl aber die Notwendigkeit ergeben, daß sie in Zukunft neben ihrer kameralistischen auch eine kaufmännische Bilanz vorlegt.

Nach der Begründung des Reichsbahngerichts entfallen nun von dem 1269,7 Millionen Mark betragenden Bruttoüberschuh rund 934,1 Millionen Mark auf die Abschreibungen. Darunter haben wir die für Erneuerung der Reichseisenbahnanlage verausgabten Beträge, die Schuldentilgung und die aus laufenden Mitteln vorgenommenen Neuschaffungen von Anlagewerten zu verstehen. Seht man den Wert der Reichsbahnanlagen mit rund 26 Milliarden Mark an, so bedeutet eine Abschreibung in Höhe von 934,1 Millionen Mark eine Abschreibungsquote von 3,6 Proz. Mit diesem Betrag ist es möglich, in rund 28 Jahren die gesamten Reichsbahnanlagen neu zu erstellen.

Trotzdem hat das Reichsbahngericht entschieden, daß die Abschreibungsquote zu niedrig sei. Warum und weshalb dieser Abschreibungsquote zu niedrig sein soll, darüber schweigt sich der vom Reichsverkehrsministerium veröffentlichte Auszug der Urteilsbegründung ebenfalls aus. Es lohnt sich schon, einmal versuchsweise nachzurechnen, ob der Abschreibungsquote wirklich zu niedrig ist. Bei dieser Nachrechnung muß beachtet werden, daß die Reichsbahngesellschaft der

größte Grundstücksbesitzer

in Deutschland ist. Man wird kaum fehlgehen, wenn man den Grundbesitz der Reichsbahngesellschaft mit über 6 Proz. ihres Ge-

samtvermögens annimmt. Von diesem Grundbesitz braucht die Reichsbahngesellschaft aber keinen Pfennig abzuschreiben. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die bahneigenen Grundstücke, die ja ausnahmslos verkehrsgünstig liegen, im Laufe der Jahre an Wert gewinnen. Wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, steigert sich der Abschreibungsgrad von 3,6 Proz. auf 4 Proz. Das bedeutet: mit diesen Abschreibungen kann man in 25 Jahren Werte im Betrage von 23,4 Milliarden Mark schaffen. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß damit die Abschreibungen nicht genügen.

Aber schreibt die Reichseisenbahn in Wirklichkeit nur 934,1 Millionen Mark pro Jahr ab? Diese Frage ist zu verneinen. Auch die Zuweisungen an die gesetzliche Ausgleichsrücklage, mit 100,8 Millionen Mark angesetzt, muß, wenn man nun einmal rein kaufmännische Gesichtspunkte berücksichtigen will, als Teilposten der Abschreibungen angesehen werden. Die Reichsbahn hat also nicht 934,1 Millionen Mark, sondern 1034,9 Millionen Mark abgeschrieben. Damit steigt aber die Abschreibungsquote auf 4,35 Proz. Der Satz von 3,6 Proz. steht auf dem Papier. Die Reichsbahn benötigt aber damit nur 23 Jahre, um ihren Besitz völlig abzuschreiben.

Die Dinge bei der Reichsbahngesellschaft liegen nun so, daß sie Jahr für Jahr weniger Zinsen und mehr Schuldentilgungsbeträge aufzubringen hat. Diese Schuldentilgungsbeträge sind aber den Abschreibungen zuzurechnen. Also muß sich bei der Reichsbahngesellschaft in späteren Jahren der auf Abschreibungen anzurechnende Betrag laufend, und zwar nicht unerheblich erhöhen. Legt man der Berechnung eine Zeitspanne von 20 Jahren zugrunde und den Stand der Einnahmen und Ausgaben von 1927, so ergibt sich eine

Abschreibungsquote von über 5 Proz.

Wie man in der Begründung des Reichsbahngerichts aber dazu gekommen ist, die durchschnittliche Lebensdauer von Eisenbahnanlagen mit weniger als 20 Jahren zu bemessen, bleibt ein Geheimnis. Wir erinnern nur daran, daß die Lebensdauer bei elektrischen Anlagen, Kraftwerken und Hochspannungsleitungen viel höher angesetzt wird.

Foht man also die Abschreibungsbegründungen des Reichsbahngerichts zusammen, so kann man ohne Ueberschätzung annehmen, daß das Reichsbahngericht den Abschreibungsbedarf der Reichsbahn um 20 Proz. zu hoch veranschlagt hat. Also auch dieser Kernpunkt der Reichsbahngerichtsentcheidung kann die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Tarifierhöhung nicht überzeugen.

Da sich das Reichsverkehrsministerium der Entscheidung des Reichsbahngerichts beugen muß, so steht die Regierung diesem Spruch machtlos gegenüber, obwohl sich keine Regierungsinstanz über die konjunkturdrosselnde Wirkung der Tarifierhöhung im unklaren ist. Das schaltet aber nicht aus, daß die Regierung den Verwaltungsrat der Reichsbahn, der das größte und wichtigste Reichsunternehmen leitet, auf sozialpolitischem Gebiet in seine Schranken verweist. Der sozialpolitische Teil der Reichsbahnpublikationen könnte ebenso gut in dem Bureau eines schmerindustriellen Verbandes verfaßt sein, so ähneln sich die Klagen über Löhne, Arbeitszeit und öffentliche Lasten. Dabei weiß die Öffentlichkeit, daß die soziale Stellung der Eisenbahner seit der Stabilisierung sich ungemein verschlechtert hat. Wenn das Reichsbahngericht als objektive Instanz es riskiert, die Schwierigkeit der Reichsbahn

Auf die seit 1926 durch die ganze deutsche Wirtschaft gehende Welle von Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Lohnerhöhung

zurückzuführen, so muß es sich bei dieser einseitigen Stellungnahme auf den entrüsteten Protest aller Arbeiter und Angestellten in Deutschland gefaßt machen.

Zunahme der Arbeitslosen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 1. bis 15. August — zum ersten Male seit dem 15. Januar d. J. — zugenommen, allerdings nur in unbedeutendem Umfang. Sie stieg von rund 564 000 auf 567 000, d. h. um 0,6 Proz. Die Steigerung ist nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 Proz. gestiegen ist, während im Gegenseit hierzu die Zahl der weiblichen noch um 2100 oder um 1,3 Proz. zurück ging. In der Krisenunterstützung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen noch weiter zurückgegangen, und zwar bei den Männern um 2,3 Proz., bei den Frauen um 3,4 Proz. Insgesamt fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 82 000 auf 80 900, d. h. um 2000 oder 2,5 Proz.

Essigsäureyndikat und J. G. Farben.

Von dem Essigsäureyndikat geht uns, zugleich im Namen der J. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, zu unserem Artikel in Nr. 369 „Wie J. G. Farben spart“ eine Erklärung zu. Darin heißt es, es sei unwahr, daß sich die Rotterdamer Polizei und die Rotterdamer Gerichte mit Untersuchungen gegen die dortige Geschäftsstelle wegen Transportgefährdung und Frachtdifferenzen befassen. Der Urheber der in die Presse gelangten Informationen sei ein vorübergehend in Rotterdamer Bureau beschäftigter deutscher Angestellter, gegen den Anzeige wegen mehrerer Diebstähle erstattet sei. Der betreffende Angestellte habe im Dienste einer holländischen Reederei während der Tätigkeit auf dem Rotterdamer Bureau Briefe gefälscht und Mitteilungen an diese Firma gemacht, die dann unter den gleichen Behauptungen, wie sie in dem Artikel des „Vorwärts“ aufgestellt sind, Schadenersatzansprüche gestellt habe. Nachdem der Angestellte jedoch in einem notariellen Protokoll zugegeben mühte, daß er mit gefälschten Dokumenten arbeitete, habe die Reederei sich von der Inhabartel: ihrer Forderungen überzeugt und den betreffenden Angestellten abgeschüttelt. Eine volle Klärung werde das von der J. G. Farbenindustrie nunmehr eingeleitete Strafverfahren gegen den betreffenden Angestellten bringen. Technisch sei zu bemerken, daß Essigsäure aller Grädigkeit, also auch Eisessig, wohl brennbar,

wie die meisten Frachtlaster, aber nicht feuergefährlich und nicht explosiv sei. Essigsäure falle daher weder für den Eisenbahnverkehr unter eine Gefahrenklasse, noch ist für den Land- oder Seeverkehr eine Kieselguverpackung vorgeschrieben. Die internationalen Verpackungsvorschriften werden bei der Verpackung von unseren Mitgliedsfirmen, also auch von der J. G. Farbenindustrie A. G., streng beachtet, so daß von einer Transportgefährdung keine Rede sein könne.

Wir geben der Erklärung des Essigsäureyndikats um so lieber Raum, als wir unsere eigenen Bedenken bei der Veröffentlichung des uns zugegangenen Materials nur deshalb zurückstellen, weil uns ein vorordentliches öffentliches Interesse vorzuliegen schien. Immerhin muß das Syndikat zugeben, daß zivilrechtliche Erklärungsansprüche eingeklagt wurden auf Grund der von uns wiedergegebenen Zusammenhänge. Auch soll nach unserer Kenntnis der Dinge das in der Berichtigung genannte „notarielle Protokoll“ widerrufen worden sein. Da gerichtliche Verfahren laufen, brauchen wir zu den Tatsachenbehauptungen des Syndikats keine Stellung zu nehmen.

Genossenschaftliche Eigenproduktion.

Die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg, die bekanntlich alle von den Konsumvereinen benötigten Drucksachen und Papierwaren herstellt, und ferner einen Teil des genossenschaftlichen Versicherungswesens unterhält, konnte im zweiten Vierteljahr 1928 ihren gesamten Umsatz um 711 216 M. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 3 723 843 M. steigern. Der Gesamtumsatz im ersten Halbjahr 1928 betrug 7,3 Millionen Mark oder 1,3 Millionen Mark mehr als im ersten Halbjahr 1927. Es entfielen auf die Erzeugnisse der Druckerei und Papierwarenfabrik 5,2 Millionen Mark, auf das Versicherungswesen 2,1 Millionen Mark und auf das dem Eigenbetriebe dienende Elektrizitätswerk 60 983 Mark. Diese steigenden Umsatzergebnisse zeigen mit erfreulicher Deutlichkeit einmal die Erstarkung der genossenschaftlichen Treue, das heißt die vermehrte Inanspruchnahme der eigenen Verlagsgesellschaft durch die Konsumvereine, zum anderen den wachsenden Bedarf der Konsumgenossenschaften oder deren steten wirtschaftlichen Aufschwung.

Autokonjunktur und Bereifungsindustrie. Infolge der starken Zunahme des Automobilverkehrs hat das Jahr 1927 auch der Bereifungsindustrie einen starken Konjunkturaufschwung verschafft. Nach einer statistischen Erhebung, die 23 Betriebe erfaßte, sind die Hauptstandorte dieser Industrie in Hannover und Hesse-Nassau gelegen. Bei den von der Enquete erfaßten Werken zeigte die Produktion im vergangenen Jahre eine Steigerung von 30 bis 50 Proz. und bei einzelnen Bereifungsarten sogar eine Steigerung von 100 Proz. Wie die Enquete feststellte, fanden die deutschen Werke statt unter dem Druck der großen Einfuhr amerikanischer und anderer ausländischer Fabrikate, die in Verbindung mit dem großen Preisrückgang auf dem Weltgummimarkt zu bedeutenden Preisabschlüssen zwangen.

Landkraftmaschinen-Absatz. Die von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt betreute Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen weist für das am 30. Juni 1928 abgeschlossene zweite Geschäftsjahr einen Gewinn von 88 000 Mark aus, während das erste Geschäftsjahr einen Verlust von 36 000 Mark brachte. Die Zinsinnahmen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 1,77 Millionen Mark gegenüber 230 000 Mark im Vorjahre angegeben. Daraus ist zu ersehen, daß die Einführung von Landkraftmaschinen in unserer Landwirtschaft immerhin im letzten Jahr Fortschritte gemacht hat.

Kommunalbeamte und öffentliche Betriebe. Der Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands nahm auf seinem Bundestag in Danzig eine Entschlieung an, die darauf verweist, daß die Ueberführung öffentlicher Betriebe in privatwirtschaftliche Gesellschaftsformen weder wirtschaftliche Vorteile verbürge noch der Öffentlichkeit auf die Tarifgestaltung genügenden Einfluß einräume. Die vorhandenen bürokratischen Hemmnisse bei den öffentlichen Betrieben ließen sich, so führt die Resolution weiter aus, durch angemessene Vollmachten der Betriebsleitung und der Fachdeputationen durchaus beseitigen. Befördert werden müsse ein beamtetes Personal, weil die Betriebe im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten sind. Die Beamten müßten für die besonderen Aufgaben ihres Berufes, insbesondere für den Dienst an der Allgemeinheit, geschult werden. Außerdem sei es angebracht, den Technikern genügenden Einfluß auf die Leitung des Betriebes zu sichern.

Kunstseidekonzentration in Holland. Entgegen den bisherigen Meldungen ist das Kunstseide-Aktiengesellschaft der Breda, das sich im Besitz des verstorbenen Bankiers Löwenstein befand, doch in die Hände des Ento-Konzerns übergegangen. Wie die Direktion der Ento hierzu mitteilt, bestrebt der Zweck dieser Maßnahme darin, zur Förderung der Zusammenarbeit in der internationalen Kunstseideindustrie zunächst eine Zusammenarbeit zwischen den beiden führenden holländischen Kunstseidekonzernen herzustellen.

Oesterreichischer Außenhandel steigt. Der Wert der österreichischen Einfuhr betrug im Juli 1928 255,6 Millionen Schilling gegen 252 im Juli 1927. Der Wert der Ausfuhr stieg gegenüber Juli 1927 von 145,4 auf 164,5 Millionen Schilling. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres hat sich die Einfuhr gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres von 1632 auf 1805, und die Ausfuhr von 1078 auf 1236 Millionen Schilling erhöht. Bemerkenswert ist, daß Deutschlands Anteil am österreichischen Außenhandel weiter gestiegen ist und an der Einfuhr wie an der Ausfuhr Deutschösterreichs mit rund 28 Proz. beteiligt ist.

Wiederbeginn der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Die unterbrochenen deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen. Die Verhandlungen werden sich zunächst in der Hauptsache um eine Reihe von Industriezweigen und um den Hopfenzoll und das Schutzrecht für Hopfen bewegen. — Bei der engen wirtschaftlichen Verknüpfung der beiden Nachbarländer wäre es dringend zu wünschen, daß der deutsch-schweizerische Handelsvertrag noch im Laufe dieses Jahres unter Dach und Fach gebracht wird.

Eine neue Margarinefabrik im Westen. Der Margarine-Trust (Jurgens-Ban den Berg) wird in Herford eine neue Margarinefabrik errichten, die den Namen Westmarga führen soll.



Das Gesundheitswasser!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. LUTOW 8260-61

Im zarten
Lohnsalz
gib
Wassermol = Lini
im Sinn
zulinb.